

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 1.10 RM.
Halbjährlich 5.50 RM.
Jährlich 10.00 RM.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Donnerstag, den 17. Februar 1916.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Stellungstämpfe in Flandern und in der Champagne.

Zur Monopolfrage.

Wir hatten in den Artikeln „Verstaatlichung und Arbeiterinteressen“ und „Monopol und Staatseinnahmen“ vom 10. und 11. Januar dieses Jahres den Standpunkt vertreten, daß die Arbeiterklasse nicht schlechtweg für oder gegen die Verstaatlichung sich erklären könne, sondern daß es sich dabei um Zweckmäßigkeitsfragen handle; je nach den konkreten Bedingungen des Einzelfalles wäre zu entscheiden.

Im Gegensatz hierzu tritt nun Cunow für ein Kohlenmonopol, genauer genommen für ein Kohlenhandelsmonopol ein. Er widerlegt nun nicht etwa unsere Ansicht, daß das aufscheine. Das Neue ist nur, daß dieser rapid umlernende eine Verteuerung der Kohlen hinauslaufen würde, also im gleichen Sinne wirken würde wie eine Kohlensteuer, sondern er bestätigt das, hält es wenigstens für sehr wahrscheinlich. Das neue ist nur, daß dieser rapid umlernende Marxist gegen eine solche Belastung der Bevölkerung, die ganz besonders der Arbeiterklasse aus schwerster fühlbar sein würde, nichts einzuwenden hat.

Seine Argumentation ist hier ganz besonders eigenartig. Er meint: die Kohlen werden ohnehin teurer werden, auch wenn kein Monopol kommt, also haben wir diese Belastung halt hinzunehmen. Daß die Verteuerung der Kohlen eintreten muß, hat er nicht bewiesen. Er begnügt sich zu behaupten, daß Kohlenmangel in Europa besteht. Davon hat man indessen vor dem Kriege nichts gemerkt, und warum jetzt der Krieg bewirken soll, daß nach Friedensschluß der Mangel sich einstellen wird, setzt er nicht auseinander. Doch angenommen, die Besitzer der Kohlengruben würden die ihnen günstige Lage ausnützen, um höhere Preise zu erzwingen, so meinen wir, wäre es die erste Aufgabe vernünftiger Wirtschaftspolitik, dem nach Kräften entgegenzuwirken. Daß das möglich ist, leuchtet ohne weiteres ein, wenn man die beständig steigenden Profite der Kohlenzeden in Betracht zieht. Daß es notwendig ist im Interesse der Arbeiterschaft darauf zu dringen, dürfte auch klar sein, da der Kohlenwucher nicht nur die Arbeiter als Verbraucher der Kohlen schwer belastet, sondern auch die Entwicklung vieler Industrien bedroht. Da außer den Arbeitern auch ein großer Teil der Industriellen ein Interesse daran hat, den Kohlenwucher zu bekämpfen, ebenso die Landwirte, Großgrundbesitzer wie Bauern und schließlich auch der sogenannte Mittelstand, so ist wohl mit ziemlicher Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Aufgabe auch gelöst werden wird, daß der weiteren Kohlenpreissteigerung ein Damm gesetzt wird, wenn es nicht zur Verstaatlichung kommt. Bei Verstaatlichung freilich liegt es anders, weil den Schichten der Besitzenden noch immer lieber sein dürfte, wenn die Staatseinnahmen durch eine indirekte Kohlensteuer beziehungsweise die steigenden Einnahmen aus dem Kohlenmonopol gedeckt werden, als wenn sie durch direkte Steuern gedeckt werden müssen.

Nun kann man für die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues Argumente geltend machen, die sich aus den Interessen der Vergarbeiter und der Allgemeinheit ergeben. Dieses Wort findet keine Gnade vor den Augen des Marxisten Cunow, aber Marx und Engels operieren mit diesem Begriff. Es gibt eben selbst in der kapitalistischen Gesellschaft Interessen, die allen Bevölkerungsgruppen gemeinsam sein können, gegen die aber die Profitinteressen einer bestimmten Kapitalistengruppe gerichtet sind. So sind alle Bevölkerungsschichten daran interessiert, daß mit den Naturkatastrophen, zu denen die Kohle gehört, kein Raubbau getrieben wird. Die Vergarbeiter aber neigen immer mehr dazu, die Verstaatlichung als einzige Rettung vor der Willkürherrschaft der privaten Monopolisten zu betrachten. Allerdings haben sie dabei bisher immer betont, daß dann eine fiskalische Ausnützung des Monopols vermieden werden muß, ja, daß eine Herabsetzung der Kohlenpreise erwünscht und auch durchführbar sei. Cunow kümmert sich um all diese Fragen nicht. Da er nur den fiskalischen Effekt im Auge hat, tritt er für die Verstaatlichung nicht des Bergbaues, sondern nur des Kohlenhandels ein. Entscheidend ist nämlich für ihn, daß bei einer solchen Operation der Aufkauf der Kohlengruben, wozu ein großes Kapital nötig wäre und wodurch die Ergiebigkeit des Monopols herabgesetzt würde (die hohe Rente, die den Eigentümern der Gruben zu kapitalisieren wäre, würde in den ersten Jahren Ueberschüsse kaum möglich machen), wegfällt. Der Staat übernimmt einfach die Vertriebsgeschäfte

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 16. Februar 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Engländer griffen gestern abend dreimal vergebens die von uns eroberte Stellung südöstlich von Ypern an. Ihr Gefangenenverlust beträgt im ganzen rund hundert Mann.

In der Champagne wiederholten die Franzosen den Versuch, ihre Stellungen nordwestlich von Tahure zurückzugewinnen, mit dem gleichen Mißerfolge, wie am vorhergehenden Tage.

Allgemein beeinträchtigte stürmisches Regewetter die Kampfaktivität.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Schneetreiben auf der ganzen Front hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 16. Februar. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart: Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz. Die Lage ist unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Artilleriekämpfe der lägenländischen und dem anschließenden Teil der Rätiner Front dauern fort. Im Abschnitt von Dobers kam es auch zu Minenwerfer- und Handgranatentämpfen. Am Javorced wurde eine italienische Feldwache zum achten Male ausgehoben. Das Borfeld unserer neuen Stellung im Rombongebiete ist mit Feindbeschießen bedeckt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Oeser, Feldmarschalleutnant.

des Kohlenyndikates und sucht bei dem Kohlenhandel herauszuschlagen, was irgend herauszuschlagen ist. Und die Vergarbeiter? Ja, die bleiben einfach unter der Herrschaft der privaten Monopolisten. Das kümmert den Neo-Marxisten nicht weiter. Ebenjowenig kümmert ihn, wie diese privaten Monopolisten mit den Kohlenvorräten wirtschaften. In der Tat muß man stark umlernen, um zu solchen Gesichtspunkten zu gelangen. Uns scheint aber eine solche Anspornung eines staatlichen Kohlenhandelsmonopols auf das private Monopol des Kohlenyndikates noch aus anderen Gründen gefährlich. Es würde sich da eine Verquickung von Staatsinteressen mit privatkapitalistischen Interessen ergeben, die den Einfluß kapitalistischer Kreise auf die Regierung gewaltig stärken würde.

Ein anderes Monopol, für das Cunow plädiert, ist das Versicherungsmonopol. Hier liegen die Dinge insofern anders, als Arbeiterinteressen dabei wenig berührt werden. Ganz einfach liegen die Verhältnisse indessen auch da nicht. Der Hauptprofit der Versicherungsgesellschaften entsteht bekanntlich nicht aus dem Ueberschuß der Prämienzahlungen über die ausgezahlten Versicherungssummen, sondern aus Kreditoperationen. Die Versicherungsgesellschaften verfügen über enorme Kapitalien, die Eigentum der Versicherten sind, mit denen aber die Gesellschaften schalten und walten. Die deutschen Lebensversicherungsgesellschaften allein haben über sechs Milliarden Mark in Hypotheken und anderen Darlehen und in Wertpapieren angelegt. Bei der Verstaatlichung würde also der Staat diese Kreditoperationen übernehmen müssen; er würde als der größte Geldverleiher zu fungieren haben. Da das leicht zu einer heillosen Beeinflussung der Privatwirtschaft führen könnte, zu einer Protektionierung ganz bestimmter Unternehmergruppen, ja selbst zur tiefgehenden Korruption der betreffenden Regierungskreise, so müßten da jedenfalls hier vorbeugende Maßnahmen geschaffen werden. Erst wenn konkrete Vorschläge vorliegen, wäre darüber zu reden.

Cunow behauptet am Schluß, die Monopole würden kommen, ob wir es wollen oder nicht; daher sei es zwecklos, daß wir uns dagegen sträuben. Vielmehr sei es angehts dieser Lage zweckmäßig, daß die Fraktion ihren prinzipiellen Standpunkt aufbebe, auf die Forderung direkter Steuern verzichte und sich mit den bürgerlichen Parteien über Monopole einigt, um dabei herauszuschlagen, was herauszuschlagen ist im Interesse der Arbeiterklasse. Mit einem Wort — Opportunismus in aller Form! Ob sich für diese Taktik eine

Mehrheit in der Fraktion finden wird, wagen wir zu bestreuen. Genossen Cunow aber empfehlen wir Gretchen's Stobgebet:

„Die schen mir's schwarz, und schwarz's noch gar,
Mir's immer doch nicht schwarz g'nug war,
Und segnet mich und sei so groß,
Und bin nun selbst der Sünde bloß!“

Der französische Tagesbericht.

Paris, 16. Februar. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. In der Champagne eroberten wir einen Teil der vorgeschobenen Grabenlinie zurück, die von dem Feinde östlich der Straße Zahure-Sommepy am 13. Februar besetzt worden waren. In Lothringen Patrouillengefechte im Abschnitt von Neillon. Auf dem übrigen Teil der Front war die Nacht ruhig.

Paris, 16. Februar. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von Dienstag abend. Der Tag war verhältnismäßig ruhig. Im Artois richteten unsere großen Geschütze ihr Feuer auf die feindlichen Stellungen längs der Straße nach Vile. Westlich der Duse beschossen unsere Batterien einen Zug und eine Proviantkolonne im Bahnhof von Epagny, im Norden von Bis-sur-Risne und nordwestlich von Soissons richteten wir ein verheerendes Feuer auf die deutschen Werke. In den Argonnen ließen wir bei Fille morte eine Mine springen, deren Trichter wir besetzten. Im oberen Elsaß nahm unsere Artillerie die deutschen Stellungen im Osten von Seppois unter ihr Feuer.

Belgischer Bericht. Die Tätigkeit hat heute auf der Front der Armee nachgelassen, wo die übliche Kanonade stattfand. Als Vergeltungsmahregel der letzten Bombardements durch feindliche Flugzeuge hat ein unserer Flugzeugabweider in der vergangenen Nacht mit Erfolg sechzehn große Geschosse auf den Flugplatz von Gandzaeme geworfen.

Die englische Meldung.

London, 16. Februar. (W. Z. B.) Das britische Hauptquartier berichtet: Nach heftiger Beschichtung der ganzen Front von Ypern und des Vorsprunges südlich von Hooge machte der Feind mehrere Infanterieangriffe. Zwischen dem Kanal von Ypern nach Comines und der Eisenbahn brach der Feind in unseren vordersten Graben auf einer Front von ungefähr 600 Yards ein. Alle anderen Angriffe mißlangten. Das heftige Bombardement auf beiden Seiten dauert an.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 16. Februar. (W. Z. B.) Amtlicher Kriegsbericht vom Dienstag. Westfront: Deutsche Flieger erschienen über dem Abschnitt von Riga. Der Kampf nimmt im ganzen Abschnitt an Lebhaftigkeit zu. Im Abschnitt von Dinaburg dauerte der heftige Kampf um den Minentrichter bei Flug an; wir besetzten den Trichter. Zwischen dem Weidumsee und Demmensee besetzten unsere Truppen das Waldstück südwestlich Jugenischki. In der Prypcegegend griffen unsere Donkosaken bei bei Jezierce (23 Kilometer nordwestlich Kasalotwa) einen österreichischen Posten an und vernichteten ihn.

Am Oberlauf der Strypa beunruhigten zahlreiche Patrouillen von uns die ganze Nacht den Feind. Das durch die Patrouillen begonnene Feuer an einem Teil der Stellung in dieser Gegend dauerte den ganzen Tag an. An der mittleren Strypa schoß unsere Artillerie gegen feindliche Flugzeuge. Ein Flugzeug wurde getroffen und fiel in den feindlichen Linien nieder. Kaukasus: Bei unserer Offensive in der Gegend von Erzerum nahmen wir nach Artillerievorbereitung noch ein Fort der Festung im Sturm. Wir erbeuteten 20 Geschütze, Munition und machten Gefangene.

Amtlicher russischer Bericht vom 16. Februar 1916. Kaukasus. Außer den beiden kürzlich besetzten Forts von Erzerum eroberten am Abend des 15. Februar unsere tapferen Truppen noch sieben Forts. In unseren Händen befinden sich die Forts: Karaginbel, Kasta, Tschobandele, Tsifangbez, Uzunahmen-Karaloh, Uzunahmen Nr. 1, Kaburga, Ortaiul, Ortaiul-Biabessi.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 16. Februar. (W. Z. B.) Amtlicher Heeresbericht. Am oberen Isonzo dauerte gestern der Artilleriekampf mit Heftigkeit an. In den Abschnitten des Ruzi und des Bobil (Ruz) wurden feindliche Verschanzungen und Unterstände zerstört. Auf der Podgorahöhe drangen unsere Patrouillen gegen die feindlichen Verschanzungen vor und warfen zahlreiche Bomben hinein. Auf dem Karst zerstörte unsere Artillerie noch einige feindliche Schützengräben und trieb die Verteidiger in die Flucht, die von unserem Gewehrfeuer zum Teil erreicht wurden. Man meldet feindliche Fliegerangriffe auf Brentonico im Logarinaltal, auf Schio im Leogrotale und auf Vatisana in der Ebene des Tagliamento. Der Schaden ist unbedeutend. Die wenigen Opfer sind fast alle aus der Zivilbevölkerung. Der Luftangriff auf Schio wurde durch das Eingreifen eines unserer Luftgeschwader angehalten. Bei Görz griff eines unserer Flugzeuge einen feindlichen Flieger an und zwang ihn zur Flucht. Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 16. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Kriegsbericht:

An der Front überflog eines unserer Flugzeuge die feindliche Artilleriestellung bei Kut-el-Amara und warf dort mit Erfolg zwölf Bomben ab, die sehr große Wirkung hatten. Nach der Niederlage in der Schlacht bei Patika westlich Korna ließ der Feind auf seinen Rückzugsstraßen eine große Zahl von Toten. Die Verluste, die der Feind in der genannten Schlacht erlitten hat, belaufen sich, soweit sie bisher festgestellt sind, auf 2000 Mann und 300 Tiere.

An der Kaukasusfront verlor der Feind bei den heftigen Stellungskämpfen, die trotz des kalten Wetters und des Schnees in den letzten drei Tagen stattfanden, 5000 Tote und 60 Mann an Gefangenen.

An der Dardanellenfront feuerte am 13. Februar ein Kreuzer, ein Monitor und ein Torpedoboot des Feindes 20 Granaten erfolglos gegen Tefe Burum. Infolge des Gegenfeuers unserer Küstenbatterien wurden sie gezwungen, sich zu entfernen.

Bei Aden in den Wäldern zwischen Scheik Osman und Gu-Ale wurde eine Aufklärungsabteilung des Feindes in einen Hinterhalt gelockt und fast vollständig aufgerieben. Die Uebrigbleibenden flüchteten in der Richtung Scheik Osman unter Zurücklassung ihrer gesamten Bagage.

Wilson's Stellungnahme zum U-Bootskrieg.

London, 16. Februar. (W. Z. V.) „Morning Post“ meldet aus Washington vom 13. Februar: Präsident Wilson kehrt heute hierher zurück. Es ist noch unbestimmt, welche Haltung Wilson zu der neuen deutschen Ankündigung einnehmen wird, alle bewaffnete Handelsschiffe ohne Warnung zu zerstören. Seine Umgebung glaubt, daß seine Entscheidung Deutschland günstig sein wird. Ein Mann in sehr hoher Stellung sagte dem Korrespondenten der „Morning Post“, jede Regierung habe das natürliche Recht, zu bestimmen, unter welchen Bedingungen Schiffe die Häfen ihres Landes anlaufen dürfen. Es sei absurd, es als einen unneutralen Akt hinzustellen, wenn die Regierung ihren bisherigen Standpunkt in dieser Frage ändere. Die älteste und einflussreichste Washingtoner Zeitung „Star“ sagt, die neue deutsche Ankündigung lasse den Vereinigten Staaten nichts übrig, als dieser Politik des Seekrieges beizutreten und alles zu tun, um die Amerikaner von der Benutzung bewaffneter Handelsschiffe abzuhalten.

Washington, 16. Februar. (W. Z. V.) Eine Resolution, in der erklärt wird, der Senat betrachte mit Sorge den Befehl der deutschen Admiralität, bewaffnete Handelsschiffe ohne Warnung zu versenken, ist vom republikanischen Senator Sterling eingebracht worden. Die Resolution verurteilt die Vereinigten Staaten und die anderen Neutralen werden sich nicht bei dem deutschen Vorgehen beruhigen und erklärt, der Befehl stände im Widerspruch mit den seit langem anerkannten Rechten der Neutralen.

London, 16. Februar. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Wie verlautet, werden die Vereinigten Staaten in kurzem an Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Frage richten, wie sie festzustellen beabsichtigen, ob ein Handelsschiff bewaffnet ist oder nicht, ehe sie es ohne Warnung versenken. Es wird gesagt, daß das amerikanische Memorandum an die Ententemächte wegen der Entwaffnung der Handelsschiffe einzig und allein im Interesse der Menschlichkeit gefandt wurde und keine Abänderung der geltenden Regeln beabsichtigt werde.

„Daily Mail“ erzählt aus Washington, die Regierung habe tatsächlich schon über die gegenüber der deutschen Ankündigung einzuhaltende Politik entschieden. Man sei zu dem Schluss gelangt, daß das bestehende Gesetz gelten müsse, bis die Kriegsführenden Vorfälle, die Handelsschiffe zu entwaffnen, angenommen hätten. Die Vereinigten Staaten würden deshalb darauf bestehen, daß das Leben der Bürger, die auf unbewaffneten Handelsschiffen, die keinen Widerstand leisten, reisen, sichergestellt sein müsse. Die Aufgabe, festzustellen, ob ein Handelsschiff bewaffnet ist oder nicht, falle den Kommandanten der U-Boote zu.

Die Vereinigten Staaten ständen auf dem Standpunkte, daß die Regierungen dieser Kommandanten für alle ihre Mißgriffe verantwortlich seien.

„Daily Telegraph“ meldet aus New York, die Telegramme aus Washington lauteten alle dahin, daß die Regierung Deutschlands neuer Drohung wegen der bewaffneten Handelsschiffe keinen Widerstand leisten werde. Man vermute, daß das Kabinett durch Marinefachverständige beeinflusst werde, die glauben, daß Amerika mit seiner sehr entwickelten Küstenlinie in Zukunft sich viel auf Unterseeboote verlassen müssen. Wenn dem so sei, wäre jede Politik, die darauf ausgehe, die Leistungsfähigkeit der U-Boote zu neutralisieren, gegen das Interesse der Sicherheit der Nation.

Friedensaktion der Neutralen.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben:
Die amerikanischen Sozialisten haben bekanntlich die Initiative zur Einberufung einer Konferenz der neutralen Staaten durch die Regierung ergriffen, zum Zweck eines Entwurfs von Friedensbedingungen, die für alle Kriegsführenden annehmbar wären. Sie haben gleichzeitig die sozialistischen Parteien der neutralen Staaten von ihrem Vorhaben verständigt. Wie wir erfahren, hat Genosse Pranting den Genossen Hillquit im Namen der schwedischen Partei telegraphisch verständigt, daß die schwedischen Sozialisten es für das Zweckmäßigste halten, wenn die sozialistischen Parteien der neutralen Staaten, von denen einige ja schon ihre Grundzüge auf der Konferenz in Kopenhagen formuliert haben, ihre Auffassungen dem Internationalen Sozialistischen Bureau bekanntgeben, das sie vereinigt der schwedischen Partei übermitteln soll, die ihrerseits sie der Regierung und dem Parlament Schwedens unterbreiten wird.

Für die Neutralität der Schweiz.

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung veröffentlichten einen Aufruf zugunsten der Neutralität, in dem es u. a. heißt:

„Seit 1 1/2 Jahren stehen unsere Soldaten ununterbrochen an der Grenze; für die Aufrechterhaltung der Neutralität und den Frieden unseres Landes verlangt man vom Schweizervolk die größten Opfer — und die Spigen der Armeen sind es, die freventlich sie mißachten, und der General befand durch eine Behandlung der fehlbaren Offiziere, die einer Beförderung gleichkommt, eine

Auffassung, die erschrecken muß; der Bundesrat mußte ihm die gerichtliche Ueberweisung förmlich abringen.

Seit Monaten macht sich ein System in unserer Heereswesen breit, das unserem demokratischen Empfinden Hohn spricht und an Stelle der Demokratie die Militärarbitrarie setzt. Dazu ein Gehören in der großen Mehrzahl der bürgerlichen Presseorgane, im Osten gerade so wie im Westen, welche Partei ergreifen für die Kriegsführenden Gruppen und so auf empfindliche den Massen das im eigenen Lande erzeugen und ihn schüren. Täglich wächst die Erregung, die Unruhe und Sorge des Volkes, das ehrlich und aufrichtig an der Neutralität und an der Demokratie festhalten will, die es verraten wähnt.

Und da soll es kein dringendstes Gebot sein, daß die Volksvertretung zum Reden steht, offen und rüchlos die Lage bespricht, die Verantwortlichkeiten feststellt und Beförderer und Armeeführer an ihre Pflichten erinnert, und sie in die Schranken weist? Wann, wenn nicht jetzt, ist je das Wohl des ganzen Landes so sehr auf dem Spiele gestanden? Die sozialdemokratische Partei, die einzige, die in allen ihren Gliedern geschlossen, grundsätzlich auf dem Boden der aufrichtigen Neutralität steht und keinen Angriff auf die Demokratie duldet, ist fest entschlossen, den Kampf für diese Volks- und Landesinteressen unentwegt weiterzuführen. Sie beharrt auf der sofortigen Einberufung des Parlaments und auf der Erfüllung dieses Volkswillens.

Parteilgenossen unterstützen in Presse und Organisationen durch ununterbrochene Kundgebungen unsere Forderungen und unseren Kampf für die Demokratie, die Neutralität und den Frieden.“

Asquith über die Kriegslage.

London, 16. Februar. (W. Z. V.) Unterhaus. In der Rede gab Asquith einen kurzen Ueberblick über die militärische und finanzielle Lage. Er sagte, die Alliierten hätten bei der jüngsten Tätigkeit an der Westfront mehr als das ihrige beigetragen. Der Minister berührte sodann die Erfolge der Engländer und Franzosen in Kamerun. Mit Bezug auf Mesopotamien sagte er, die Lage hätte sich bedeutend gebessert, er hoffe, daß die beiden Streitgruppen sich vereinigen würden und daß alles, was nach einer ersten britischen Niederlage aussehe, abgewendet werden würde. Das bemerkenswerteste Moment der letzten drei Monate sei gewesen, daß die Beziehungen der Koordination und Konzentration und die Einheit in der Leitung und Kontrolle unter den Alliierten in zunehmendem Maße enger geworden sei. Der Kriegsrat der Alliierten in Paris hätte vor kurzem die Kriegslage nach politischen und strategischen Gesichtspunkten geprüft. Die Regierung hätte eine Schätzung der gesamten Hilfsquellen des Landes veranlaßt, um sich darüber Klar zu werden, inwiefern es fähig sei, in den kommenden Monaten ein Maximum an Leistungen zu der gemeinsamen Sache beizutragen. Asquith sprach sodann längere Zeit von den britischen Verantwortlichkeiten und wies auf die Rolle der Flotte hin, welche auf einer fast unermesslichen Fläche eine stumme aber erfolgreiche Arbeit leistete. England habe, sagte er weiter, das zehnfache der ursprünglichen Expeditionskräfte auf die gegenwärtigen Kriegsschauplätze gebracht, wobei nicht eingerechnet seien die Garnisonen im Mutterland oder in den Dominions, die Reserven, die in der Ausbildung befindlichen Mannschaften oder die von den Dominions gefandten Streitkräfte. Zum Schluß teilte Asquith mit, daß der einzige Weg, die finanzielle Bürde zu tragen, in einer ausgedehnten Zulassbesteuerung und in der Aufrechterhaltung des englischen Kredits liege. McKenna würde binnen kurzem neue Steuerorschläge einbringen. Die Belastung würde groß sein, aber nicht größer, als man sie tragen könne. (Beifall.)

Das Weiterwirtschaften ins Blaue.

London, 16. Februar. (W. Z. V.) Das Reutersche Bureau verbreitet einen Leitartikel des „Daily Telegraph“ über die Wiedereröffnung des Parlaments, in dem es heißt: Die Parliamentsession des kritischen Jahres des großen Krieges ist eröffnet. Großbritannien und seine Verbündeten beginnen ein neues Kapitel des Konflikts. Wie waren sie so fest vom Siege überzeugt wie heute. Die noch immer wachsenden Kosten des Krieges und der schwere Druck, den der Krieg den nationalen Hilfsquellen auferlegt, beunruhigt die Phantasie. Wie soll das weiter gehen? Das Blatt schlägt, es müsse irgendwie weitergehen bis zu einem siegreichen Ausgange.

Das Sicherheitsventil der Besitzenden.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben:
Die englischen Kapitalisten sind in keiner geringen Sorge wegen der Frage, was sie mit den nach dem Friedensschluss zurückströmenden Arbeitermassen anfangen sollen. Beim Abschiedsbericht des Königl. Kolonialinstituts hat Lord Curzon unlängst gesagt: „Eine bis zwei Millionen Männer werden in ein Land zurückkehren, wo der Arbeitsmarkt sicher übersättigt sein wird, die Löhne fallen müssen und die Mehrzahl der Menschen viel ärmer sein wird als unter den künstlichen Bedingungen des Augenblicks. . . . Es obliegt der Regierung, dem gerechtfertigten Streben dieser Leute einen Ausweg zu finden.“ Wo ist aber dieser Ausweg zu entdecken. Es gibt Leute, die ihn in der Auswanderung sehen. Sir P. Rider Haggard ist nach Australien gefahren, um die Verpflanzung englischer Soldaten nach dem Kriege dorthin zu organisieren. — Es ist noch die Frage, wie die australischen Arbeiter, die sich ja namentlich infolge ihrer beschränkten Zahl besonders günstige Arbeitsbedingungen errungen haben, aber eine solche plötzliche Massenzufuhr von Arbeitskräften denken werden. Auch mag manchem englischen Industriellen bei dem Gedanken, daß so die industrielle Eigenwirtschaft Australiens künstlich befördert werden würde, nicht sehr wohl sein. Die „Daily News“ veröffentlichte eine Zuschrift des Radikalen R. L. Duthwaite, der dieser Lösung eine andere vorschlägt: die Aushebung des Tributs an die Landeigentümer. Nur diese werde die Verarmung der Massen unter den durch den Krieg ungeheuer gesteigerten Lasten verhindern können und die Erzeuger der Güter in standsetzen, die Lasten ohne weitere Einbuße an ihren Existenzmitteln zu tragen. Die Landreform werde die Produktion und die Nachfrage nach Arbeitskräften so steigern, daß sie die Auswanderung überflüssig machen werde. Duthwaite meint, daß die Arbeiterführer bisher der Landfrage zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hätten. Die Verminderung der Kinderzahl durch den Krieg, die Verarmung großer Massen, die Störung des internationalen Handels werde aber die Industrie zwingen, neue Märkte zu finden. Siege nicht der beste vor ihrer Tür — das fruchtbarste englische Ackerland und seine Bewohner. Der Herzog von Marlborough hat im Oberhaus erzählt, daß der ländliche Arbeiter jährlich einen Wert von 250 Pfd. (5000 M.) erzeuge. Was das auch eine so hohe Schätzung sein, jedenfalls ist dies die Bevölkerung, deren Kaufkraft gesteigert werden muß, um die Verelendung des industriellen Arbeiters zu verhindern.

Sir Rider Haggard, sagt Duthwaite, werde eine hohe Besteuerung der Grundrente in Australien ebenso finden wie in Neuseeland und Kanada, wenn auch das Schutzsystem ihre Wirkungen zum Teil aufgehoben habe. Was werde aber der Schotte sagen, der dem Aufruf des Ansehls Folge leistete, wo unter dem Bild einer anmutigen Hochlandgenossin stand: „Ist dies nicht des Kampfes wert?“ und der zurückkehrend hören wird: „Fort mit ihm nach Australien, damit er nicht das Behagen gewisser Stände störe.“

Törichte Renommistereien.

Paris, 16. Februar. (W. Z. V.) Meldung der Agence Havas. Unter der Ueberschrift „Falsche Wandern“ schreibt „L'Empis“: Es gibt Leute, die nichts entmutigt und die trotz aller Warnungen hartnäckig dabei bleiben, ihre Auffassungen, die man nicht haben will, auszudrücken. Es gibt Neutralen, die bei ihren Versuchen beharren, den Frieden zwischen den Völkern wiederherzustellen, indem sie sich einbilden, es würde möglich sein, durch großzügige Formeln die schwierigsten Probleme, die die zivilisierte Welt kennt, zu lösen. Wir wollen gern zugeben, daß diese Neutralen von den besten Absichten erfüllt sind und daß bei ihnen kein persönliches Interesse obwaltet. Aber nach dem Mißerfolg aller ihrer Versuche, eine Annäherung herzustellen, müßten sie sich überlegen, daß ihr Standpunkt nicht der unsere sein kann. Wenn Deutschland verspricht, wirklich mit Wohlwollen alle Friedensvorschläge, die ihm die Alliierten machen würden, zu prüfen, so hat dies keine Bedeutung aus dem einfachen Grunde, weil die Alliierten keine derartigen Vorschläge machen, sondern ihre Bedingungen den Mittelmächten diktiert werden, ohne daß es notwendig ist, sich danach zu erkundigen, ob Deutschland mehr oder weniger geneigt ist, sie zu erörtern oder anzunehmen. „L'Empis“ schlägt: „Weder Friede noch Waffenstillstand, noch Vermittlung irgendwelcher Art, sondern Krieg bis zum äußersten. So sagt man in den Ländern der Alliierten die Lage auf. Wenn man sie dort anders auffassen wird, dann wird es nur deshalb der Fall sein, weil unsere Heere ihr Ziel erreicht haben und Oesterreich-Ungarn und Deutschland sich als besiegte erklären werden.“

Finanzielle Kriegsforderungen in Kanada.

Ottawa, 16. Februar. (Reutersmeldung.) Der Finanzminister wies bei der Einbringung des Staatshaushalts darauf hin, daß als Ergebnis einer Vermehrung der Einnahmen und einer Verminderung der Ausgaben gegen das letzte Jahr die eingelaufenen Gelder um 67 Millionen Dollar gestiegen seien. Die Regierung habe bei der Einbringung des letzten Staatshaushalts mit einer Vermehrung der Einnahmen bis zu 150 Millionen gerechnet. Dieser Betrag, erklärte der Minister, wurde überschritten, denn die Einnahmen im laufenden Finanzjahr werden mindestens 170 Millionen betragen. Bisher hat das Parlament 150 Millionen für Kriegszwecke bewilligt, aber die Regierung wird darüber hinaus mindestens 250 Millionen anfordern. Die Finanzlage Kanadas ist infolge der sehr guten Ernte und der Nachfrage nach Kriegsmaterial sehr günstig. Es sind bisher 250 000 Mann angeworben worden. Die Zahl der Soldaten soll auf eine halbe Million gebracht werden. Es muß Geld fällig gemacht werden, um die neuen Kontingente auszurüsten und die ganze kanadische Streitmacht auf den Weinen zu erhalten.

Antideutsche Repressalien in Australien.

Sydney, 16. Februar. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Der Premierminister hat den Vorschlag gemacht, allen Deutschen das Wahlrecht zu entziehen, wenn sie nicht beweisen, daß ihre Naturalisierung ehrlich gemeint war. Wenn sie nicht eine vollständige und aufrichtige Erklärung ihrer Stellung ablegen, sollen sie das Recht, Land und anderes Eigentum zu besitzen, verlieren.

Russische Anleihe in Japan.

„Berlingste Abend“ meldet aus Petersburg: Die Finanzkommission hielt ihre erste Sitzung unter der Leitung des Ministerpräsidenten Stürmer ab. Die Verhandlung wurde eingeleitet durch eine Erklärung des Direktors der Kreditanstalt, daß es gelungen wäre, durch die Vermittlung japanischer Bankiers eine Anleihe in Japan aufzunehmen. Die Kommission traf darauf Bestimmungen über die Aufnahme einer inneren Anleihe von zwei Milliarden Rubel, wovon eine Milliarde durch die Reichsbank, die andere durch Privatbanken ausgegeben werden soll zum Kurse von 95 Prozent bei einem fünfprozentigen Zinssfuß. Die Teilnehmer an der früheren Anleihe erhalten ein halbes Prozent Sondervergütung. Endlich wurde ein Antrag betreffend eine Anleihe in Finnland in finnischen Mark angenommen.

Das Finanzministerium hat strenge Vorschriften gegen die Scheinverkäufe deutschen Eigentums ausgearbeitet.

Unter dem Vorstiz Karls fand eine Versammlung von Vertretern verschiedener Ministerien sowie der Handels- und Industriekreise statt, um die Pläne für die Reform der russischen Steuersysteme zu erörtern. Der Reichsrat erhält in seiner ersten Sitzung den Gesetzentwurf betreffend die Einkommensteuer zur Verhandlung. Man erwartet, daß die Partei der Rechten dagegen Stellung nehmen werde.

Politische Uebersicht.

Freiwillige Parlamentszensur.

Bevor das Abgeordnetenhaus am Mittwoch die Debatte über die Frage der Volksernährung fortsetzte, bewies es durch einen gegen die Stimmen der zehn sozialdemokratischen Vertreter gefaßten Beschluß, daß ihm die heute gefällte Zensur noch nicht weit genug geht, sondern daß es bereit ist, auch die parlamentarische Kritik unter Zensur zu stellen. Einer Verabredung des Seniorenkongresses entsprechend, beantragte der Präsident Graf Schwerin unter Anerkennung des Standpunktes, daß auch die Einzelkandtage das Recht haben, zu der auswärtigen Politik Stellung zu nehmen, mit Rücksicht darauf, daß eine gründliche Erörterung unserer auswärtigen Lage möglicherweise die Interessen des Landes schädigen könne, von einer Besprechung der auswärtigen Angelegenheiten, insonderheit unserer Kriegsziele, der Kriegsführung und unserer Beziehungen zu den neutralen Ländern Abstand zu nehmen. Namens der Sozialdemokraten, die sich bereits in der Vorbesprechung gegen diese Mundtotmachung gewandt hatten, legte Genosse Dirsch in einer Erklärung zur Geschäftsordnung Protest gegen die Absicht der bürgerlichen Parteien ein. Mit Nachdruck erklärte unser Redner, daß dieselbe Seite, die einer Diskussion über die ihr jetzt unangenehme Frage aus dem Wege gehen wolle, sie selbst in der Budgetkommission angeschnitten und in der Presse breit getreten habe. Es müßte denen, die bezüglich des U-Boot-Krieges anderer Meinung sind, daher Gelegenheit geboten werden, auch ihre Stellung zu begründen, zumal da die Parlamentarier unter den jetzigen Verhältnissen die einzige Stelle sei, von der aus sie sich frei äußern können. Sein Appell verhalte jedoch. Die Mehrheit, die ihr Ziel durch Veröffentlichung ihres bekannten Beschlusses erreicht hat, will die Minderheit nicht zu Worte kommen lassen. In der Fortsetzung der Debatte über die Ernährungsfragen sprach als erster Genosse Hofer, dessen

1/2stündige von großer Sachkenntnis zeugende Rede eine fortgesetzte scharfe Anklage gegen die auf die Verteuerung der Nahrungsmittel gerichteten Bestrebungen bildet. Mit hereditären Worten schilderte er die Lage der breiten Massen, die die größten Opfer bringen, die aber auf eine ausreichende Ernährung verzichten müssen, obwohl Nahrungsmittel genug im Lande sind. Als er gewisse Landwirte als „Verbündete Englands“ bezeichnete, zog er sich einen Ordnungsruf zu. Auch die verschiedensten von der Regierung getroffenen Maßnahmen zog Hofer in den Bereich seiner Kritik. Man wird ihm unbedingt beistimmen, wenn er betonte, daß die fortgesetzten Versuche, auf das kapitalistische Gewächs einen sozialistischen Trieb zu verpflanzen, letzten Endes eine Karikatur erzeugen müssen. Die unter dem Kriegszustand ergriffenen „sozialistischen“ Maßnahmen erkannte er als notwendig an, er erblickte darin den Beweis dafür, daß der Privatkapitalismus versagt hat.

Den Konserbativen waren diese Ausführungen sichtlich unangenehm; in weiser Vorsicht hatten sie die Rednerliste so gestaltet, daß nach Hofer der Führer des Bundes der Landwirte, Abg. Dr. Koesike, an die Reihe kam. Aber anstatt auf das von unserem Genossen angeführte Material einzugehen, glaubte Herr Koesike in dem Gefühl der parlamentarischen Macht sich mit einigen Redensarten darüber hinwegsetzen zu können, um schließlich das bekannte Loblied auf die Landwirte anzustimmen.

Daß doch nicht alles so in Ordnung ist, wie es von interessierter Seite immer hingestellt wird, zeigten die Reden der Abgg. Gerold (S.) und Dr. v. Campe (natl.), die trotz ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu den Maßnahmen der Regierung und zu den Beschlüssen der Budgetkommission doch im einzelnen manches auszusagen hatten. Das gilt ganz besonders für das Gebiet der Kartoffelversorgung.

Nach einigen Auskünften vom Regierungstisch aus wurde die Beratung auf Donnerstag vertagt.

Die „Post“ über Offiziösentum.

In der „Post“ lesen wir:

„Der „Vorwärts“ glaubt feststellen zu können, daß von der preussischen Presse der bürgerlichen Parteien in der U-Bootfrage der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nur von der „Frankfurter Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ sekundiert wird. Diese Feststellung ruft die Tatsache in Erinnerung, daß das zweifelslos unbedeutende Mißtrauen mancher Kreise unseres Volkes in die Festigkeit und Entschlossenheit unserer auswärtigen Politik zu einem guten Teil von der Annahme herrührt, daß die genannten Blätter die Auffassung des Auswärtigen Amtes vielfach widerspiegeln. Man geht sogar so weit, Annahmen, unter denen die Namen der Herren August Stein und Theodor Wolff zu finden sind, als bestellte Arbeit der Wilhelmstraße anzusehen.“

Wir verstehen nicht recht, was die „Post“ eigentlich feststellen will. Will sie bestreiten, daß die ungeheure Mehrheit der bürgerlichen Presse sich gegen die Erklärung der Reichsregierung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gewendet hat? Will sie auch nur den Versuch der Widerlegung machen, daß es nur einige wenige Blätter sind, die sich gegen das Treiben gewisser politischer Kreise, das durch die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gekennzeichnet worden ist, auflehnen? Davon steht in der „Feststellung“ der „Post“ kein Wort.

Vielmehr wird behauptet, daß die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ die Auffassungen des Auswärtigen Amtes vielfach widerspiegeln. Ob das der Fall ist, vermögen wir nicht zu beurteilen. Aber wenn es der Fall wäre — was würde damit und durch den Vorstoß der „Post“ bewiesen? Nichts anderes, als daß sich gerade die Aktion der „Post“ und ihrer Freunde unter den Parteien des Abgeordnetenhauses nicht gegen die Ansichten irgendwelcher beiläufiger Personen richtet, sondern gerade gegen Auffassungen, wie sie vom Auswärtigen Amt vertreten werden. Träfe das zu, so würde damit die Berechtigung der Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erst recht bestätigt. Bemerkenswert ist übrigens, daß die Behauptungen der „Post“ keineswegs neu und originell sind, sondern bereits in der Staatshauskommission des Abgeordnetenhauses in äußerst pointierter Form und mit den schärfsten polemischen Spitzen vorgebracht worden sind.

Saltlose Gerichte.

Am 16. Februar. (B. L. B.) Dem Vernehmen nach läuft das Gerücht um, die Reichsregierung werde anstatt der zwei bestehenden vier fleischlose Tage einführen. Wir stellen hiermit fest, daß das Gerücht auf freier Erfindung beruht.

Die Kriegsgewinnsteuer.

Der Finanzminister Lente fordert durch eine Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ die Leiter der für die Kriegsgewinnsteuer nach dem Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne in Betracht kommenden Gesellschaften auf, bis zum 1. Juni 1916 die Unterlagen für die Festsetzung der Steuer einzureichen.

Aus dem Sächsischen Landtage.

Die zweite Kammer hatte in der Schlussberatung über die Zivilliste (9 1/2 Millionen Mark) und Anpanagen für die Prinzen (300 000 M.) zu verhandeln. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte wie bisher gegen diese Ausgaben des Staates. Das Ordenskapitel wurde gegen 81 Stimmen (Sozialdemokraten und Fortschrittler) bewilligt. Dabei kam es zu einem Zwischenfall. Von einem sozialdemokratischen Abgeordneten war ein Gebot an die Kammermitglieder verteilt worden, in dem die Ordensverleihungen während der Kriegszeit recht interessant gliedert werden. Der Präsident rügte das mit dem Bemerkten, daß dazu vorher seine Genehmigung einzuholen gewesen wäre.

Eine lange und lebhafte Debatte rief die Schlussberatung über die Kopitel des Justizetats hervor, die sich mit dem Mangel an Richtern und Beamtenpersonal, mit einer seit Jahren dauernden ungenauen Einarbeitung der Gefängnisverwaltung u. a. beschäftigten. Von sozialdemokratischer Seite wurde besonders der starke Einfluß der Geistlichen in den Betanzenanstalten kritisiert. Es sei nötig, an Stelle der Geistlichen mehr Ärzte und Lehrer, besonders aber auch Psychiater anzustellen.

Preistreiber auf dem Fischmarkt.

In der Dine, von der Danziger Bucht bis zur pommerischen Küste werden jetzt riesige Sprottenlänge gemacht. Wie die westpreussische Presse mitteilt, kauften früher die Leute einen Eimer voll dieser Fische für 20 Pf. zur Schweinemast. Jetzt kostet ein Pfund aber 20 bis 30 Pf. Der Hauptfang wird jedoch von einigen Großhändlern aufgekauft und in die Küchereien gefandt; von hier kommt die Ware zum Preise von 70 bis 80 Pf. in den Verkehr. Dadurch tritt eine dreifache Erhöhung der Preise ein und den Haupt-

gewinn erzielen die paar Großhändler, die den Markt beherrschen. Warum schreit die Regierung hier nicht ein? Auch die Heringszüge bringen Fischern und Händlern hohe Gewinne. Die Wandel kostet heute mehr als doppelt so viel wie vor dem Kriege; in den Großstädten ist der Preis der Heringe auf das Vierfache der alten Preise gestiegen.

Städtetag und Kartoffeln.

Wie wir erfahren, hat der Vorstand des Preussischen Städtetages in Berlin getagt und sich auch mit der Kartoffelfrage beschäftigt. Es wurde über die mangelhafte Versorgung der Städte mit Kartoffeln bittere Klage geführt. Aus einigen Städten berichteten die Oberbürgermeister, daß zeitweise in der ganzen Stadt keine Kartoffel zu haben gewesen ist. Auch die mangelhafte Versorgung der Millionenbevölkerung Großberlins wurde zur Sprache gebracht. Auf Anregung des Vorstandes des Preussischen Städtetages soll nun der Nahrungsmittelausschuß des Deutschen Städtetages am Montag, den 21. Februar, in Berlin Sitzung abhalten, um die brennende Kartoffelfrage zu beraten. Die zu fassenden Beschlüsse sollen dann sofort im Reichsamt des Innern zur Geltung gebracht werden, um für die ärgste Kalamität der Städte Abhilfe zu erreichen.

Der Vorstand des Preussischen Städtetages glaubt indessen, daß neue Entscheidungen und eine durchgreifende Neuregelung der Kartoffelversorgung erst zum 15. März möglich wären, da erst dann allgemein die Wägen geöffnet würden, und sich übersehen lasse, wie die Kartoffeln überwintert haben und welche Mengen tatsächlich zur Verfügung stehen.

Wie man Kartoffeln bekommt.

Der Landrat des Liegnitzer Kreises, Freiherr von Salmutz, der sich in diesem Kriege schon mehrfach veranlaßt gesehen hat, energische Maßnahmen gewissen Landwirten gegenüber öffentlich anzukündigen, hat unter dem 11. Februar 1916 im amtlichen „Liegnitzer Kreisblatt“ die folgende weitere Veröffentlichung ergehen lassen:

„Kartoffel-Verschlagnahme.“

Trotz dringender Aufforderungen an die im Besitze von Kartoffeln befindlichen Landwirte und trotz der Erhöhung des Preises auf 4 M. für den Zentner kann unter Kommissar, der Raiffeisen-Verwalter Herr Kaufmann Januschek hier selbst, keine Kartoffeln erhalten. Nicht einmal so viel Kartoffeln werden verkauft, als zum Brotsack gebraucht werden.

Zu meinem größten Bedauern sehe ich mich deshalb gezwungen, von der Zwangsmahregel der Enteignung Gebrauch zu machen.

Mitte nächster Woche wird den Landwirten, bei denen, wie mir bekannt, noch größere Kartoffelbestände sind, eine Verfügung zugehen, durch die ein entsprechender Teil der Kartoffeln dem Kreise als Eigentum übertragen wird. Als Entschädigung werden in diesem Falle nur 2,75 Mark für den Zentner gezahlt.“

Das ist der einzig richtige Weg, den alle Behörden beschreiten müßten.

Einschränkung der Herstellung von Süßigkeiten?

Der halbamtliche Nachrichtenendienst für Ernährungsfragen wendet sich gegen die Verwendung von wichtigen Nahrungsmitteln zu Süßigkeiten, die außerhalb der täglichen Mahlzeiten verzehrt werden. Er fordert dabei „als nächste erstrebenswerte Ziele unserer Ernährungspolitik“:

1. Fortgesetzte äußerste Einschränkung der Verwendung von Zucker für die gewerbmäßige Herstellung von ausgeprochenen Kakowerk (Wobbons, Pralines, Drops und dergleichen).
2. Verbot der gewerbmäßigen Herstellung von Kuchen, Torten und sonstigem Feingebäck, etwa mit Ausnahme des Sonntags.
3. Vorübergehende halbige Maßregeln gegen die Herstellung von Süßigkeiten (Dietälen uim., von Schokolade, Vislakt, Zuder und dergleichen), so daß die Gewerbetreibenden sich schon jetzt auf das Verbot einzurichten können.
4. Einschränkung der Ausbeute von süßen Liebesgaben an die Front besonders während der Fortdauer des Stellungskrieges.
5. Endlich muß die Zulassung von Saccharin für die Herstellung von ausschließlich zum Raschen bestimmten Süßigkeiten ernstlich in Betracht gezogen werden, um so den Zucker ausschließlich dem ordnungsmäßigen Zwecke der Ernährung von Menschen und Vieh vorzubehalten.

Zumal mit der letzten Forderung, der Zulassung von Saccharin, können wir uns einverstanden erklären.

Preisabstufungen nach dem Einkommen.

In der Stadtverordnetenversammlung in Gasse a. S. wurde mit großer Mehrheit der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion angenommen, die Preise derjenigen Lebensmittel, die die Stadt der Bevölkerung zuführt, für die Minderbemittelten zu ermäßigen, selbst bis unter den eigenen Kostenpreis. — Da die Stadterwaltung für den Zentner Kartoffeln selbst 3,90 M. gezahlt hat, wurde noch beschlossen, den Verkaufspreis für die Minderbemittelten auf 3,55 M. herabzusetzen. Als Minderbemittelte sollen gelten diejenigen, die sich in einer Steuerstufe bis 2700 Mark befinden.

Erhöhung der Kartoffelpreise.

Eine Korrespondenz berichtet: Die vom Bundesrat durch die Verordnung vom 7. d. Mts. getroffene Regelung der Versorgung mit Speisekartoffeln während der Herbst- und Sommermonate ist in ihrer Bedeutung erst zu beurteilen im Zusammenhang mit der zu der Verordnung ergangenen Ausführungsanweisung. Der Schwerpunkt der Neuregelung liegt darin, daß jetzt den Kommunalverbänden die Verpflichtung auferlegt ist, die für die Ernährung der Bevölkerung bis zur nächsten Ernte erforderlichen Speisekartoffeln zu beschaffen. Um die Erfüllung dieser Verpflichtung auf eine sichere Grundlage zu stellen, müssen die Kommunalverbände am 25. dieses Monats eine Bestandsaufnahme vornehmen, um zu ermitteln, welche Vorräte in den Händen der Händler und Verbraucher sich befinden. Bisher waren die Bedarfsanmeldungen der Städte im wesentlichen auf Grund von Schätzungen gemacht. Hierin tritt nunmehr ein Wandel ein. Jeder Stadt- und Landkreis hat die Kartoffelversorgung einer besonderen Stelle zu übertragen. Diese ermittelt auf Grund der Ergebnisse der Bestandsaufnahme den ungedeckten Bedarf und meldet ihn der Reichskartoffelstelle an. Für jede Provinz wird unter der Aufsicht des Oberpräsidenten eine Provinzialkartoffelstelle eingerichtet, deren Aufgabe es ist, den Fehlbedarf innerhalb der Provinz auf Grund der Festsetzungen und Zuweisungen der Reichskartoffelstelle auszugleichen. Verbleibt in einer Provinz nach Deckung des Fehlbedarfs der Kommunalverbände ein Ueberschuß, so teilt die Reichskartoffelstelle der Provinzialkartoffelstelle mit, an welche Bedarfsverbände außerhalb der Provinz der Ueberfluß zu liefern ist. Das Ergebnis der Bestandsaufnahme ist der Reichskartoffelstelle bis zum 10. März anzuzeigen.

Mit dem 15. März tritt nun der neue Kartoffelpreis für die Frühjahrs- und Sommermonate in Höhe von

4,50 M. in Kraft, der sich in jedem Monat als Entschädigung für die Aufbahrung um 25 Pf. erhöht. Die gegenwärtig in vielen Gemeinden herrschende Kartoffelknappheit machte Uebergangsbestimmungen erforderlich, um die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln bis zum 15. März zu erleichtern, d. h. um zu verhindern, daß mit Rücksicht auf die steigenden Preise ein Zurückhalten der Vorräte im Handel Platz greift. Die Kommunalverbände haben zu diesem Zweck die Kartoffelbestände, die sich im Besitze der Händler befinden, zu beschlagnahmen und in alle laufenden Verträge, die über Kartoffellieferungen von den Händlern abgeschlossen und bis zum 15. März zu erfüllen sind, einzutreten. Die Händler sind zur käuflichen Ueberlassung ihrer Vorräte an die Gemeinden verpflichtet; erfolgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so können die Kartoffeln enteignet werden. Die Kommunalverbände dürfen jedoch von der Uebernahme bezw. Enteignung der Vorräte absehen, wenn die Gewähr gegeben ist, daß die Händler ihre Vorräte unter Einhaltung der Kleinhandelshöchstpreise bis zum 15. März dem Verbrauch zuführen. Dazu ist aber erforderlich, daß die Händler eine entsprechende Verpflichtung eingehen, deren Erfüllung überwacht wird. Für den Kartoffelgroßhandel ist in der Neuregelung von Bedeutung, daß bei der Durchführung der Kartoffelbeschaffung die Händler nach Möglichkeit herangezogen werden sollen.

Zur Einfuhr ausländischer Kartoffeln.

Für die Einfuhr von ausländischen Kartoffeln sind, ähnlich wie für Butter und Schmalz, Einfuhrbestimmungen erlassen worden. Nach diesen ist die Menge der eingeführten Kartoffeln sowie der Verkaufspreis der Reichskartoffelstelle (Verwaltungsabteilung) in Berlin, Bellevuestr. 6a, unverzüglich anzuzeigen. Der Einfuhrende hat die Kartoffeln an die Reichskartoffelstelle zu liefern oder sie bis zur Abnahme aufzubewahren, pfleglich zu behandeln und in handelsüblicher Weise zu verpacken. — Wer diesen Vorschriften zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Endzierung des Viehhandels.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine preussische Ministerialverordnung, durch die für Preußen die Provinzial- und Bezirksverbände zur Regelung der Beschaffung, des Abjates und der Preise von lebendem Vieh zu einem rechtsfähigen Gesamtverbande zusammengeschlossen werden. Gleichzeitig wird die Satzung dieses Zentralviehhandelsverbandes veröffentlicht. Auf der gleichen Rechtsgrundlage gebildete Viehhandelsverbände deutscher Bundesstaaten können in den Gesamtverband aufgenommen werden.

Ausreichende Kaffeevorräte.

Berlin, 16. Februar. (B. L. B.) Wie wir erfahren, hat die im Januar d. J. durch den Reichskanzler angeordnete Bestandsaufnahme der deutschen Kaffeevorräte ergeben, daß für absehbare Zeit ausreichende Bestände zur Befriedigung des deutschen Konsums vorhanden sind.

Zur Verschlagnahme der Webwaren.

Als Erläuterung zu den Bekanntmachungen betreffend Verschlagnahme von Web-, Wirk- und Strickwaren und militärischen Bekleidungs- und Ausrüstungsstoffen wird durch das Webstoffmeldeamt auf folgendes hingewiesen:

1. Auch andersfarbig als gelb gepaspelte Kriegsgefangenenanzüge fallen unter die Verschlagnahme, wenn sie sonst ihrer Art als Kriegsgefangenenanzüge in Frage kommen. Die Erwähnung der gelben Farbe soll nur als Beispiel dienen und nicht die Bedeutung haben, daß andersfarbig als gelb gepaspelte Kriegsgefangenenanzüge verschlagnahmefrei sind.
2. Es sei nochmals besonders darauf hingewiesen, daß auch Sandlactstoffe nicht nur nach ihrer Bestimmung zu Sandlacten zu beurteilen sind, sondern nach ihrer Verwendungsmöglichkeit.
3. Die in der Presse verbreitete Ansicht, daß Zwischenfutterstoffe, wie Stiefelsohlen usw. nicht unter die Verschlagnahme fallen, wenn sie weniger als 200 Gramm für den Quadratmeter wiegen, ist irrig. Sie sind in diesem Falle nicht unter Gruppe VI zu melden, wohl aber unter Gruppe VIII, Sandlactstoffe. Nach dieser sind alle glatten Gewebe in Leinwand oder Körperbindung, soweit sie nicht in anderen Gruppen meldspflichtig sind und 160 Gramm für den Quadratmeter wiegen, verschlagnahmefrei, ebenso alle anderen Futtergewebe in dieser Gewichtskategorie, wie Vadelsohlen usw.
4. Zwischenfutterstoffe mit Mohhaarzusatz unterliegen nach Gruppe V der Ueberlichtstapel der Bekanntmachung Nr. W M 1000/11. 15. K R A der Verschlagnahme.
5. Web- und Wirkstoffe, die zur Anfertigung von Männertrikotagen in Betracht kommen, sind verschlagnahmefrei. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß sich zur Anfertigung von Männertrikotagen auch die meisten Web- und Wirkstoffe eignen, die früher zur Anfertigung von Handtüchern usw. verwendet wurden. Derartige Web- und Wirkstoffe dürfen demnach nur noch zu Männerhemden und Männerunterhosen verarbeitet werden, die unter die Verschlagnahme fallen.
6. Nicht nur Hemden in vorchriftsmäßiger Ausführung von Militärhemden, sondern Männerhemden jeder Art mit Ausnahme von Oberhemden, Radhemden, Hemden aus gebleichten Leinen- und Baumwollstoffen und leinenen Hemden — sind verschlagnahmefrei; das Gleiche gilt für Männerunterhosen. Unter gebleichten Leinen- und Baumwollstoffen sind nur solche zu verstehen, die nach Verwendung des Webverfahrens im Stück gebleicht sind, nicht aber aus gebleichten oder gefärbten Garnen gewebte Stoffe.

Eine Drohung oberpfälzischer Bauern.

Einen eigenartigen Beschluß hat eine Tagung des Christlichen Bauernvereins in Weichseln in der bayerischen Oberpfalz gefaßt. Die Resolution tabelt die nachträgliche Erhöhung der Getreide-, insbesondere der Haferhöchstpreise, und nennt sie eine Belohnung der Spekulation auf Kosten der patriotisch gesinnten, aber aus Not zu früheren Verläufen gezwungenen oberpfälzischen Bauern. Sie verlangen von ihren Reichstagsabgeordneten, daß sie kein Mittel unversucht lassen, um für die oberpfälzischen Getreidebauern die Rückzahlung des erhöhten Preises für die Ernte 1915 durchzusetzen. Man wird der Aufforderung der Regierung zum Aufbau von Sommergetreide zwar nachkommen, aber nur dann, wenn die Regierung die Gewähr gibt, daß Weizengetreide bei der diesjährigen Ernte nicht niedriger im Preise steht, als Hafer und Gerste. Die Versammlung bittet daher die Regierung, alsbald eine bindende Erklärung abzugeben.

Die Krise in Luxemburg.

Die luxemburgische Rechnungskammer, die über die Rechtsgültigkeit aller staatlichen Zahlungen wachen soll, erklärt laut „Verl. Tageblatt“ in einem langen, motivierten Gutachten, daß alle Einnahmen und Ausgaben, die von der Regierung Louisch seit 1. Januar 1916 vollzogen sind, ungesetzlich und verfassungswidrig sind. Schärfer konnte die jegige, verworrene politische Lage in Luxemburg nicht beurteilt werden.

Die Sitzung der luxemburgischen Kammer, in der Mittel und Wege gesucht werden sollten, die Lösung der Ministerkrise zu beschleunigen, konnte wegen Fernbleibens der Rechten nicht abgehalten werden, da eine Stimme an der absoluten Majorität fehlte. Die nächste Sitzung wurde auf Freitag anberaumt.

Gewerkschaftliches.

Eine tariflose Zeit im Baugewerbe?

Durch einen Freund unseres Blattes erhalten wir Kenntnis von einem Zirkular, das der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe an die ihm angeschlossenen Arbeitgeberverbände verhandelt hat.

Es lautet folgendermaßen:

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.
Geschäftsamt: Berlin SW. 11, Bernburger Str. 21.
Fernspr.: Amt Bülow 5659.
Brief Nr. 282.

Berlin, den 15. Februar 1918.

An die Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe.

Die Verhandlungen über Verlängerung des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe, die am 11. und 12. Februar d. J. im Reichsamt des Innern zwischen Vertretern des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und der drei großen deutschen Bauarbeiter-Zentralverbände stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen, weil den Arbeitervertretern die von den Arbeitgebern in Gestalt einer angemessenen Kriegszulage angebotene Lohnerhöhung nicht genügte. Die außerordentliche Höhe der Ansprüche ergibt sich aus der umstehend abgedruckten kurzen amtlichen Niederschrift. Abdruck des vollständigen Stenogramms erhalten die Verbände später.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe wird zum 29. Februar d. J. seine Hauptversammlung nach Berlin einberufen, um zu der durch die Ablehnung der Arbeiterverbände geschaffenen Lage Stellung zu nehmen, die es nicht ausgeschlossen erscheinen läßt, daß dem deutschen Baugewerbe eine tariflose Zeit bevorsteht.

Den zu der Hauptversammlung abgeordneten Vertretern der Arbeitgeberverbände wird empfohlen, die Stimmung der Verbandsmitglieder hinsichtlich des Angebotes der Arbeitgeberverbände zu ermitteln und in der Hauptversammlung zur Kenntnis des Bundesvorstandes zu bringen.

Die nächste Zukunft fordert von allen Bundesmitgliedern einmütiges Zusammenhalten. Was zu geschehen hat, bestimmt die Hauptversammlung. Bis dahin dürfen selbstverständlich von den Bundesmitgliedern weder irgendwelche neuen Teuerungszulagen an ihre Arbeiter bewilligt, noch Vereinbarungen oder Sonderverträge mit den Arbeitern oder ihren Organisationen geschlossen werden!

Mit Bundesgruß!

Der Vorstand

des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.
Der Vorsitzende: E. Behrens.

An dem Zirkular ist übertrassend die Wendung, daß im deutschen Baugewerbe eine tariflose Zeit nicht ausgeschlossen sei. Das läßt erkennen, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zumindestens an einen sehr heftigen Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter auf Lohnerhöhungen oder Teuerungszulagen denkt. Wohin das führen wird, bleibt abzuwarten.

In unserem Bericht über die Tarifverhandlungen im Baugewerbe fand sich der folgende Satz:

„Bei der Beratung der Teuerungszulage machten die Unternehmervertreter verschiedentlich Einwendungen gegen die Notwendigkeit einer Teuerungszulage.“

In einer Zuschrift an uns bemängelt der Vorstand des Arbeitgeberbundes diese Mitteilung als unzutreffend. Der Vertreter des Arbeitgeberbundes habe von vornherein das Vorhandensein einer Teuerung anerkannt und die Bewilligung einer Teuerungszulage in Aussicht gestellt. Also nicht gegen eine Teuerungszulage an sich, sondern nur gegen eine solche in der von den Arbeitervertretern geforderten Höhe seien Einwendungen gemacht worden.

Berlin und Umgegend.

Auskunftspllicht der Arbeitsnachweise!

Der Oberbefehlshaber in den Marken hat die folgende wichtige Anordnung erlassen:

Berlin, 16. Februar.

Bekanntmachung!

Auf Grund der §§ 4 und 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 sowie des Gesetzes betreffend Abände-

rung dieses Gesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimme ich für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg:

1. Dem von einer Gemeinde, einem weiteren Kommunalverbande oder von einem Bundesstaate errichteten oder unmittelbar unterstützten Arbeitsnachweise haben die übrigen an dem Geschäftstages oder in dem wirtschaftlichen Bezirk des gemeindlichen usw. Nachweises tätigen, nicht gewerbmäßig betriebenen Arbeitsnachweise zweimal wöchentlich an den Tagen, an denen dem Kaiserlichen Statistischen Amt Meldung erstattet wird, schriftlich (unter Benutzung des Vorbruchs) oder telephonisch die Zahl der Arbeitsgesuche und offenen Stellen mitzuteilen, die sie bis zum Zeitpunkt der Mitteilung nicht erledigen konnten und voraussichtlich binnen weiteren zwei Tagen nicht erledigen können.

Dieselben Mitteilungen sind von sämtlichen in Berlin und der Provinz Brandenburg nicht gewerbmäßig betriebenen Arbeitsnachweisen auch an die Zentralauskunftsstelle der Arbeitsnachweise für Berlin und die Provinz Brandenburg zu machen.

2. Diese Vorschrift findet auf Arbeitsnachweise für kaufmännische, technische und Bureauangestellte sowie auf Arbeitsnachweise, die von der Pflicht, zweimal wöchentlich an das Kaiserliche Statistische Amt in Berlin Meldung zu erstatten, durch die Landeszentralbehörde befreit sind, keine Anwendung.

3. Die nicht gewerbmäßig betriebenen Arbeitsnachweise sind außerdem verpflichtet, auf Ansuchen der gemeindlichen usw. Arbeitsnachweise oder der Zentralauskunftsstelle der Arbeitsnachweise für Berlin und die Provinz Brandenburg oder der Landes- und Provinzialarbeitsnachweisverbände weitere Aufschlüsse zu erteilen, soweit diese verlangt werden, um einen genaueren Ueberblick über die Lage des Arbeitsmarktes zu erhalten. Gleiche Aufschlüsse sind von den Arbeitsnachweis-Zentralauskunftsstellen des Landes- und Provinzialarbeitsnachweisverbänden auf deren Ansuchen zu erteilen.

4. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Der Oberbefehlshaber in den Marken
von Kessel,
Generalarbeiter.

Die Lage der Bildhauer.

Unter dem Druck der Arbeitslosigkeit, die der Krieg für alle Zweige der Bildhauerei mit sich brachte, hat sich ein sehr großer Teil der Bildhauer anderen Verufen zugewandt. Namentlich haben sie in den verschiedenen Branchen der Kriegsindustrie Beschäftigung gefunden. In besonders hohem Maße gilt das für Berlin. Nach den Feststellungen, welche der Zentralverein der Bildhauer Deutschlands kürzlich vorgenommen hat, sind in Berlin nur noch 72 Mitglieder im Bildhauerberuf beschäftigt, während 188 in anderen Verufen arbeiten. In allen anderen Bezirken des Reiches, auch in den Großstädten, ist das Verhältnis ein umgekehrtes. Dort sind die meisten im Beruf und nur ein verhältnismäßig kleiner Teil außerhalb des Berufs beschäftigt. Für das ganze Reich stellt sich das Verhältnis so: 585 im Beruf, 431 außerhalb des Berufs. Daß in Berlin die Zahl der in anderen Verufen beschäftigten Bildhauer so bedeutend überwiegt, erklärt sich daraus, daß hier die Kriegsindustrie stärker vertreten ist als irgendwo anders und sich deshalb mehr Gelegenheit zu lohnender Beschäftigung für Angehörige solcher Verufe bietet, die infolge des Krieges unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Dieser Berufswechsel hat sich in der Branche der Holzbildhauer ganz besonders stark bemerkbar gemacht. Die Arbeitslosigkeit in dieser Branche war infolge des Krieges zunächst so gering, daß sich die meisten Holzbildhauer außerhalb ihres Berufes Arbeit suchen mußten. Neuerdings beginnt sich die Arbeitslosigkeit etwas zu heben. Andererseits ist auch die Zahl der Arbeitskräfte durch Ableistung der Heerespflicht stark gekürzt. Infolge dieser Umstände ist der Arbeitsnachweis jetzt nicht in der Lage, der Nachfrage nach Holzbildhauern zu genügen, die in verschiedenen Orten gesucht werden. Es wird im Interesse des Gewerbes bedauert, daß nun vielleicht manche Holzbildhauerarbeit unauusgeführt bleibt, aber es ist zu begreifen, daß die Bildhauer, welche in der Kriegsindustrie lohnende Beschäftigung haben, diese nicht aufgeben mögen, um in den Beruf zurückzukehren, der vielleicht nur vorübergehend wieder Arbeit bietet.

Die Branche der Steinbildhauer hatte im vergangenen Jahre leiblich zu tun. Der Winter hat hier ein Abflauen der Arbeitsgelegenheit gebracht, doch ist zu hoffen, daß, wenn im Frühjahr die Bautätigkeit wieder einsetzt, auch für die Steinbildhauer der Arbeitsmarkt sich bessern wird.

Die Branche der Modelleure liegt seit längerer Zeit fast völlig danteder.

Was die Verhältnisse in Berlin betrifft, so wurde in der Generalversammlung am Montag noch angeführt, daß wegen der geringen Zahl der im Verufe beschäftigten Kollegen nur ein beschränktes Feld für die gewerkschaftliche Arbeit vorhanden war.

Teuerungszulagen erhielten 86 Kollegen in 7 Bildhauerwerkstätten und 27 Kollegen in 8 Zwickereien.

Die Verammlung befandete ihr Einverständnis mit der Tätigkeit der Ortsverwaltung durch deren einstimmige Wiederwahl.

Aus Industrie und Handel.

Neue Fortschritte der Kriegstechnik.

Das kriegsführende Ausland rechnet unter anderem auch mit einem in Deutschland bestehenden Mangel an Mangan, das zur Herstellung von Stahl gebraucht wird. Abgegeben davon, daß in Deutschland erhebliche Mengen Manganerze vorträgig sind, fördern die deutschen Bergwerke fortgesetzt die nötige Menge, die gebraucht wird. Rummeh hat aber auch noch die deutsche Wissenschaft und Technik einen Ersatz des Ferrumangans für die Stahlerzeugung gefunden. Von vertrauenswürdigster Seite wird hierüber mitgeteilt, daß das Material aus inländischen Grundstoffen hergestellt wird, die sich in beliebig großen Mengen im Inlande gewinnen lassen. Anlagen hierfür sind schon im Betriebe und noch größere im Bau. Das Verfahren wird Deutschland dauernd von der Zufuhr aus dem Auslande unabhängig machen. Es bedeutet gleichzeitig einen Fortschritt und sei wirtschaftlicher wie das bisherige Verfahren.

Kriegsgewinne.

Die Hirsch Kupfer- und Meisingwerke weisen bei einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark einen Betriebsüberschuß von mehr als 18 Millionen Mark für das Kriegsgeschäftsjahr 1915 aus. Die Gesellschaft hat ihre Betriebe in Alsenburg am Harz und in dem eigenen Gutbezirk „Meisingwerk“ bei Eberswalde. Die Steigerung der Gewinnsiffern ist so enorm, daß sich ihr Vergleich mit den Erlangen der beiden Vorjahre lohnt:

	1915	1914	1913
Vortrag	135 749	100 245	55 996
Betriebsüberschuß	13 299 012	3 511 894	2 393 377
Geschäftsunkosten (einkl. Kriegsunterstützungen)	2 039 788	1 275 182	922 909
Abreibungen	2 880 380	567 298	824 621
Reingewinn	8 879 445	1 869 438	1 145 946
Davon:			
Dividende	1 800 000	800 000	800 000
in Prozent	18	8	8
Talonsteuer und Wehrsteuer	20 000	15 000	15 000
Soziale und Kriegszulage	1 200 000	150 000	50 000
Kriegsbonitätszulage	4 000 000	—	—
Zuweisungen an die Reserven	1 250 062	542 295	156 897
Lantieme	75 023	21 892	21 892
Neuer Vortrag	884 359	185 749	100 245

*) Davon 500 000 M an die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.

Die Dividende ist ähnlich wie bei der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik im Vergleich zum Gewinn gering, der aber den Aktionären nicht entgeht, sondern für künftige Jahre aufgespart wird.

Die Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Louis Peter & Co. in Frankfurt a. M. erhöhte ihren Betriebsüberschuß auf 1 346 456 M. (772 573). Nach 925 182 M. Abschreibungen verbleibt einschließlich 61 695 M. Gewinnvortrag ein Ueberichuß von 488 019 M. (78 626), aus dem 8 Proz. (s. V. O.) Dividende mit 400 000 M. verteilt werden sollen. Wie der Geschäftsbericht ausweist, war das Unternehmen in erster Linie für die Deckung des unmittelbaren und mittelbaren Bedarfs der Landesverteidigung tätig. Der Umsatz ist gegenüber dem Vorjahre infolge der Bestellungen der Heeresverwaltung und der Räumung der Lager etwas gestiegen; es ist gelungen, den wesentlichen Teil der Rohstoffe im Inland sowie im verbündeten und neutralen Ausland herbeizubekommen.

Die wirtschaftliche Entwicklung Japans.

In der Zeit, wo sich die europäischen Staaten zerstreuen, ist es von hohem Interesse, die Ziffern zu lesen, womit das vom japanischen Finanzministerium in französischer Sprache herausgegebene Jahrbuch für Finanz und Oekonomie die im Jahrzehnt 1904 bis 1914 gemachten wirtschaftlichen Fortschritte beleuchtet. Die gesamte Ausfuhr Japans hatte 1904 einen Wert von 819 Millionen Yen, 1914 betrug sie 591 Millionen Yen, also um 85 Proz. mehr. Die Einfuhr stieg von 371 auf fast 508 Millionen, d. h. um 60 Proz. 1914 war, wie man sieht, die Handelsbilanza aktiv geworden. Beachtet man weiter, daß im gleichen Zeitraum die Ausfuhr nach Britisch-Indien von 94 auf 26 Millionen, die nach Niederländisch-Indien von 1 Million auf fast 5 1/2 Millionen Yen stieg. Die japanische Wirtschaft erreicht also in dem noch unter europäischer Herrschaft stehenden Ostaften immer größere Bedeutung. Hieraus ergeben sich Aussblicke auf die Zukunft des japanischen Imperialismus.

HERMANN

Leipzigerstrasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Leipzigerstrasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Fleisch

- Ralkskeule im Ganzen 1.50
- Ralksnierebraten im Ganzen 1.50
- Kalksvorderfleisch 1.50
- Kalkshaxe 1.00
- Schmorfleisch mit Knochen-Beilage 1.65
- Roastbeef mit Knochen 1.60
- Rinderkamm 1.50
- Hammelfleisch pro Stück 25 Pfl.
- Pökelzunge 1.50

Hammelfleisch 1.50 gepökelt

Obst

- Blutapfelsinen Dtlad 75, 90 Pfl.
- Apfelsinen Dtlad 65, 75, 85 Pfl.
- Bittere Orangen Dtlad 1.10
- Kochäpfel Pfl. 25 Pfl.
- Grosso Boscop-Aepfel 2 Pfl. 65 Pfl.
- Kochbirnen Pfl. 25 Pfl.

Nur Donnerstag
sowohl Vorrat

Lebensmittel

Fische u. Fleisch
nur
Leipziger Strasse
u. Alexanderplatz

Wurstwaren

- Säuzwurst Pfund 1.40
- Zwiebelwurst Pfund 1.40
- Landleberwurst Pfund 2.00
- Feine Leberwurst Pfund 2.20
- Knackwurst mit Knoblauch Pfund 2.40
- Jagdwurst Pfund 2.10
- Teewurst Pfund 2.90
- Zerelatwurst Pfund 2.90
- Kraftfleisch Dose 1.65

Räucherwaren

- Pomm. Sprotten 1/4 Pfund 50 Pfl.
- Kieler Sprottbücklinge 1/4 Pfund 50 Pfl.
- Kieler Bücklinge 2 Stück 15 Pfl.
- Hamb. Fett-Bücklinge 2 Stück 25 Pfl.
- Makrelbücklinge 8 Stück 36 Pfl.
- Coldfische 8 Stück 36 Pfl.
- Schellfisch geräuchert 1/4 Pfund 45 Pfl.
- Bismarckheringe ca. 10-12 Fische 1.25
- Norw. Sardinien Dose 50, 75

Konserven

- Stangenspargel extra stark 1.80 93 Pfl.
- Stangenspargel stark 1.70 90 Pfl.
- Stangenspargel 30.60 1.30 70 Pfl.
- Stangenspargel dünn 1.10 60 Pfl.
- Riesen-Brechspargel 1.65 88 Pfl.
- Brechspargel stark 1.45 78 Pfl.
- Brechspargel dünn 1.00 55 Pfl.
- Brechspargel mittel 1.30 —

Abschnittspargel 65 Pfl.

Seeachs im Ganzen ohne Kopf Pfund 48 Pfl.

Fische

- Leb. Aale Pfund 1.50 2.40
- Leb. Schleie Pfund 1.50
- Leb. Forellen Pfund 3.00
- Jäh. Schellfisch Pfl. 65 55 Pfl.
- Kabeljau im Ganzen ohne Kopf Pfund 55 Pfl.
- Seemuscheln 3 Pfund 40 Pfl.
- Schollen Pfund 48 Pfl.
- Salzfisch gewäss. Pfl. 48, 40, 35 Pfl.
- Salzheringe von 10-12 Stk. 35-45 Pfl.

Schellfisch 48 Pfl. Norwegischer

Gemüse

- Märkische Rübchen Pfund 20 Pfl.
- Schwarzwurzel Pfund 15 Pfl.
- Feldsalat Pfund 45 Pfl.
- Kohlrüben gelbe Pfund 5 Pfl.
- Weißkohl (dänischer) Pfund 11 Pfl.
- Wirsingkohl (Holländer) Pfund 15 Pfl.

Die Ernährungsfrage im Landtage.

8. Sitzung vom Mittwoch, den 16. Februar 1916, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Loebell.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Erklärungen zur Resolution über die U-Boot-Frage.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz:

Vorher ich das Wort weiter erteile, möchte ich mir folgende Bemerkung erlauben: Nach einer unter den Parteiführern des Hauses erfolgten Besprechung herrscht völlige Uebereinstimmung darüber, daß das Abgeordnetenhaus zur Erörterung auswärtiger Angelegenheiten durchaus berechtigt ist, wie dies auch in unserer Sitzung vom 23. März 1914 ausdrücklich festgestellt worden ist. (Zustimmung.) Auch dürfte gerade in der gegenwärtigen ersten Zeit von allen Parteien das Bedürfnis empfunden werden, ihren Anschauungen über die auswärtige Lage Ausdruck zu geben. Dennoch glauben wir, daß im gegenwärtigen Augenblick eine gründliche Erörterung unserer auswärtigen Lage den Interessen des Landes nicht entsprechen, sondern sie möglicherweise schädigen könnte. Unter diesen Umständen schlage ich Ihnen vor, zu beschließen, eine Erörterung der auswärtigen Angelegenheiten, insonderheit unserer Kriegsziele, der Kriegsführung und unserer Beziehungen zu den neutralen Ländern von den Beratungen auszuschließen.

Abg. Hirsch-Verlin (Soz.):

Meine Freunde sind nicht in der Lage, dem Vorschlage des Herrn Präsidenten zuzustimmen. Auch wir sehen allerdings mit den übrigen Parteien auf dem Standpunkt, daß das Abgeordnetenhaus zur Erörterung auswärtiger Angelegenheiten des Reiches berechtigt ist. Andererseits betrachten wir den Beschluß, den die Staatshauskommission in der U-Bootfrage gefaßt und veröffentlicht hat, als eine Ueberschreitung ihrer Kompetenzen. Einig sind wir mit dem Herrn Präsidenten darin, daß es ein berechtigter Wunsch aller Parteien ist, in der gegenwärtigen ersten Zeit ihrer Auffassung über die auswärtige Lage Ausdruck zu geben. Wenn wir uns trotzdem gegen den Vorschlag des Herrn Präsidenten erklären, so bitte ich zunächst zu bedenken, daß die Fragen, die jetzt aus der Debatte auszuweichen sollen, nicht von meinen Freunden im Staatshausauschuss angefaßt worden sind (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sondern von anderer Seite. Für uns ist die Tribüne des Parlamentes die einzige Möglichkeit, unserer entgegengesetzten Auffassung Ausdruck zu verleihen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Abschneiden des Wortes bedeutet

eine Ausdehnung der Zensur durch das Parlament

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), gegen die wir uns auf das allerentschiedenste wenden müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bedenken Sie ferner, daß wir keine Pressefreiheit, keine Versammlungsfreiheit haben, und daß wir schon aus diesem Grunde, nachdem einmal die Debatte in der Presse einen solchen Umfang angenommen hat, auf eine Aussprache im Parlament nicht verzichten können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ohne auf die Sache selbst einzugehen, erklären wir, daß wir gegen den Beschluß der Staatshauskommission entschiedenste Verwahrung einlegen, daß wir nichts zu tun haben mit den Ansichten und Absichten, die dort ausgesprochen sind (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und daß wir es für unsere Pflicht halten, die verantwortlichen Stellen nachdrücklich vor Unbesonnenheiten zu warnen. (Lachen rechts — Zuruf rechts: Sie haben es nötig! Abg. Adolf Hoffmann: Das ist auch sehr notwendig!) Gleichzeitig erkläre ich, daß wir wie jetzt so auch in Zukunft jedem Versuch der Unterbindung der Redefreiheit im Parlament mit allen Kräften entgegenzutreten werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Vorschlag des Präsidenten wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Dänen angenommen.

Minister des Innern v. Loebell:

Sie haben soeben beschlossen, eine Erörterung auswärtiger Angelegenheiten, insbesondere über die Kriegsführung, die Kriegsziele und die Beziehungen zu den neutralen Staaten bei der diesjährigen Staatsberatung nicht erfolgen zu lassen. Die künftige Staatsregierung begrüßt diesen von Ihnen soeben gefaßten Beschluß (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und wird ihrerseits gern davon absehen. Meinungsverschiedenheiten über staatsrechtliche Fragen in dieser ersten Zeit weiterhin zu erörtern. (Beifall.) Es wird nun die Besprechung der

Ernährungsfragen

fortgesetzt.

Abg. Hüfer (Soz.):

Als dem deutschen Volke von den zuständigen Stellen erklärt werden konnte, daß die Ernte so ausgefallen wäre, daß es nicht zu hungern brauche, war das eine Freudenbotschaft für das deutsche Volk. Wir wissen, daß wir den Feind nicht im Lande haben, sondern daß unsere Truppen in den feindlichen Gebieten stehen. Wir haben also durchaus keinen Anlaß, irgendwie schwarz zu sehen. Aber das deutsche Volk hat leider nicht bewiesen, daß es einen inneren Feind besiegen kann, der in whitester Weise den Völkerverhaß schürt und predigt (Sehr wahr! und Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und der sich als der Verbündete Englands erweist. England hat uns offen und ehrlich den Krieg erklärt, es nutzt seine Nachmittel aus, um uns zu schädigen, seine Schiffe lassen keine Lebensmittel zu uns herein. Aber da, wo die Meereswogen an unseren Küsten branden, erlischt diese Macht Englands, da muß England seine Macht, was die Ernährung des deutschen Volkes anbetrifft, an die deutsche Landwirtschaft abtreten. Hätte die deutsche Landwirtschaft nicht die Möglichkeit, genügend Lebensmittel für die Volksernährung zu erzeugen, dann müßten wir uns mit dieser traurigen Tatsache abfinden. Nun ist aber uns von unabhängiger Quelle versichert worden, daß wir genügend Lebensmittel, sogar an einigen, wie Kartoffeln, Ueberfluß haben. Wenn also das deutsche Volk jetzt noch hungert, dann liegt das nicht an England, sondern an der deutschen Landwirtschaft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), dann sind es unsere Agrarier, die den Boden da aufnehmen, wo England ihn nicht weiter spinnen kann und die die englische Blockade erst wirksam machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Insofern sind unsere Agrarier in der Praxis die Verbündeten Englands. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) (Widerpruch und Lachen rechts.) Präsident Graf Schwerin-Löwitz ruft den Redner zur Ordnung.) Durch diese Abiperrungsmahregeln Englands ist ja in Wirklichkeit ein Traum unserer Agrarier, den sie seit vielen Jahren gehabt haben, Wirklichkeit geworden, den sie früher durch hohe Zollschranken erreichen wollten, nämlich Deutschland ist vollständig von Lebensmittelfuhrern des Auslandes abgeiperrt. Allerdings ist in diesem Freudenbescher der Agrarier dadurch ein Tropfen Wermut gefallen, daß die Sozialdemokraten gleich nach Beginn des Krieges die Regierung zu veranlassen suchten, im Interesse der Volksernährung einen zu hohen Stand der Lebensmittelpreise zu verhindern. Die Regierung ist nur ägernd an die Aufgabe herangetreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sowie sie aber irgend stärkere Maßnahmen zu treffen suchte, hörten wir es gleich aus dem agrarischen Blätterwalde rauschen: Landwirt, Landwirt,

wehre dich, Bethmann, Bethmann, läte Dich! Man glaubte sich in die Zeiten des Bundes der Landwirte, in die Zeiten Ruprecht Ranfens zurückberiegt. Es blieb, die Produktionskosten würden nicht gedeckt, wenn die Höchstpreise nicht erhöht würden. Wir kennen die Weise, wir kennen den Zeit. Die Produktionskosten sind bekanntlich nie gedeckt worden, auch im Frieden nicht, wenigstens nach Ansicht unserer Agrarier. Auch jetzt sind die Agrarier wieder am Werk, wichtige Lebensmittel des Volkes neu zu verteuern. Man will die Schweinehöchstpreise entweder aufheben oder gewaltig erhöhen. Bei Milch, Käse, Butter und vielleicht auch voll ausgemästeten Schweinen gebe ich eine Produktionsverteuerung zu. Aber für alle anderen landwirtschaftlichen Produkte sind die Produktionskosten gar nicht oder nur ganz unerheblich gestiegen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wo ist der Grund und Boden nicht teurer geworden? Die Pachten sind nicht gestiegen. Wären sie gestiegen, so würde damit zum Ausdruck kommen, daß die Landwirtschaft während des Krieges besser prosperiert. Tatsächlich sind ja auch die Pachten verschiedener Domänen gestiegen. Nun wird viel davon gesprochen, daß die Pferde teurer geworden wären. Das gebe ich zu, aber diese Verteuerung kommt, wenn Sie die Anzahl der Arbeitstage berücksichtigen, die ein Ackerpferd leistet, nur ganz geringfügig in den Produktionskosten zum Ausdruck. Im übrigen kommt der Erlös für die Pferde ja auch deutschen Landwirten zugute. Ferner kann ich mit allem Nachdruck erklären, daß auch eine Verteuerung der künstlichen Düngemittel für die letzte Ernte nicht vorliegt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Preislisten möglicherweise Kunstfingergarben beweisen mir das. Höchstens kann die Verpackung in Säcken etwas teurer geworden sein. Erst für die Herbstbestellung d. J. haben wir die erste Verteuerung des Kunstfingers zu verzeichnen. Ferner sind, wie die Feststellungen des Landarbeiterverbandes bewiesen haben, auch die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter fast gar nicht oder nur sehr gering gestiegen. Wo es an landwirtschaftlichen Arbeitern gekehrt hat, haben die Gefangenen, namentlich die russischen, sich allgemeinen gut bemehrt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es sind meist junge Leute vom Lande und wenn sie einigermaßen wohlwollend behandelt werden, sind sie mit Lust und Liebe bei der Landarbeit. Im übrigen sind sie auch billige Arbeiter. Dann ist viel davon gesprochen worden, daß in manchen Gegenden Deutschlands infolge der Trockenheit in diesem Jahre eine Miskernte zu verzeichnen war. Das gebe ich zu, aber sie wäre auch ohne den Krieg gekommen. Solche Miskernten sind Geschäftsunkosten, mit denen die Landwirtschaft zu rechnen hat, deshalb dürften die Höchstpreise nicht erhöht werden. Im Brotgetreide ist die Ernte jedenfalls so gewesen, daß wir auskommen können. Es darf aber sämtlicher gelunder Roggen und alles gesunde Brotgetreide nur für die menschliche Ernährung verbraucht werden, ein Verbrauch für Viehfütterung muß ausgeschlossen sein, damit die Brottration für die arbeitenden Volksgenossen erhöht werden kann. Die großen Mühlen dürfen bei der Verarbeitung des Brotgetreides nicht vor den kleinen bevorzugt werden. Außerordentlich zu beklagen ist aber, daß für Gerste und Hafer ein viel höherer Preis als für Roggen festgesetzt ist. Der Höchstpreis pro Zentner Hafer und Gerste geht

um 100 Proz. über den normalen Preis hinaus.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt im Februar ist dieser Preis wieder um 3 M. pro Zentner hinausgeschraubt. Das bedeutet eine weitere Preissteigerung um 30 Proz. über das Normale. Entschieden wenden mich ich mich gegen das Verlangen der Landwirte, daß diese Preissteigerung auch den Landwirten ausgezahlt wird, die früher den Hafer zu 15 M. geliefert haben. Was würden sie sagen, wenn die Staatsarbeiter, die eine Teuerungszulage bekommen, verlangten, daß sie ihnen jetzt von Beginn des Krieges an nachträglich bewilligt wird! Für Hafer ist die Militärbehörde der Hauptkäufer. Das deutsche Volk muß daher in Form von Steuern diesen Mehrbeitrag für Hafer auf indirektem Wege an die Agrarier abführen. Beim Brotgetreide, das vom Volke im Gebäuheitsrecht begahlt wird, hat man den Preis nicht so hoch gedrückt und sucht nun die Agrarier durch Erhöhung des Haferpreises zu entschädigen. Uebrigens sind die Produktionskosten für Hafer und Gerste niedriger als für Roggen und Weizen. Warum hat man also ihren Preis höher angelegt? Man sagt doch, die höheren Preise sollen zum Anbau anregen. Wenn sie schon anregen, dann loht gerade zum Anbau von Roggen und Weizen angereizt werden, denn durch Roggen- und Weizenanbau erzielen sie höheren Ertrag vom Aker in bezug auf den Körnerwert und auf die Strobernte. Die Produktionsverteuerung von Butter und Käse wird übrigens aufgehoben, sobald das Vieh auf die Weide kommt. Wir erwarten also, daß dann die Preise für diese Produkte wieder auf die normale Höhe kommen. Dasselbe gilt im Sommer für die Aufzucht von Vieh. Also müssen auch die Fleischpreise bedeutend niedriger werden. Die Regierung darf aber nicht warten, bis von selbst ein Preisrückgang stattfindet, sondern muß sofort zugreifen um die Preise herunterzuziehen. Sonst geht es uns wie im Herbst 1915, als die Butterpreise 8 bis 4 M. erreichten, so daß die Bevölkerung verschiedener Großstädte erst

sehr handgreifliche und schlagende Motive

anföhren mußte (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), um ein Eingreifen der Regierung zu veranlassen. Die Höchstpreise für Schweine sind viel zu hoch angelegt. Auch die Rindviehpreise sind für die Masse der Bevölkerung unerträglich. Wir können nicht warten, bis die Sanidierung des Viehhandels wirkt, es müssen Höchstpreise für Rindfleisch festgesetzt werden. Die mögliche Debung des Fleischkonsums liegt im eminenten Interesse sowohl der Produzenten wie des Volkes. Statt die Nahrungsmittel zu verbilligen, geschieht das Gegenteil. Mit der Zukerverteuerung sind es an. Jetzt will man den Rüdenbauern pro Zentner Zuckerrüben 45 Pf. mehr bewilligen. Dabei ist der Verdienst der Rüdenbauern schon an sich sehr groß. Die Zulage von 45 Pf. bedeutet für die Zuckerrüdenbauern pro Hektar einen Mehrbetrag von 250 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da es Rüdenbauer gibt, die reichlich 100 Hektar abbauen, schenken Sie diesen pro Jahr 25 000 M. Den Zuckerrüdenbauern die bekanntlich ihre Dividenden außerordentlich erhöht haben, schenken Sie durch die Zuckerverteuerung von 12 auf 15 M. 29 Millionen, und da sie meist selbst Rüdenbauer sind, so bedeutet das im ganzen

ein Geschenk von 57 Millionen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun sagt man, die Zuckerverteuerung bedeutet für eine fünfköpfige Familie nur 9 M. mehr im Jahre. Das ist für eine Arbeiterfamilie in der heutigen Zeit eine große Summe. Im übrigen stimmt die Angabe nicht, denn die Arbeiter brauchen zum Ertrag des fettes heute viel mehr Zucker in Marmelade usw. Ebenso unredlich ist die Erhöhung der Gemüsepreise, denn beim Gemüsehau wird der denkbar höchste Ertrag erzielt. Durch die Preissteigerung wird den Gemüsehauern pro Morgen 500 M. auf Kosten des arbeitenden Volkes gekent. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zu alledem kommt nun noch die Verteuerung der Kartoffeln, die vom 15. März an stattfinden soll. Dabei hat bei der Kartoffel keine Produktionskostenerhöhung stattgefunden und wir haben eine Reklordernte gehabt. Durch diese Kartoffelpreiserhöhung schädigen Sie gerade die Armen der Armen, und je mehr, je größer ihre Kinder-schar ist.

Den reichen Leuten wird empfohlen, damit dem Volke der Klippfisch erhalten bleibt, Kaviar zu kaufen zu essen. Also die Reichen können sich aus Patriotismus zu Schanden essen, während die Masse des Volkes sich zu Schanden hungert. Diese Kreise sind dabei vielfach die Kugnieher der höheren Kartoffelpreise. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Tatsache ist, daß viele großen Kartoffelbauern ihre Kartoffeln zurückgehalten haben. Die Regierung hätte einen Termin festlegen müssen, von dem an der Kartoffelpreis billiger werden sollte, dann wären die Kartoffeln herausgelommen. Man hätte, als wir das verlangt haben, gleich nach der Ernte eine genaue Bestandaufnahme der gebauten Kartoffelmengen vornehmen müssen. Dann hätte die Regierung ganz anders operieren können. Es konnten genau bestimmte Kartoffelmengen aus den einzelnen Kreisen abgerufen und in die Kreise gebracht werden, wo sie verlangt wurden. Gewiß faulen die Kartoffeln vielfach, aber der Prozentsatz der Fäulnis ist in den einzelnen Gegenden ungefähr der gleiche, dafür konnte also ein gewisser Prozentsatz von vornherein abgezogen werden. Von den 54 Millionen Tonnen, die geerntet sind, brauchen wir etwa 15 Millionen für die menschliche Ernährung. Für die Bevölkerung der Großstädte, für die ja die Kartoffelversorgung allein Schwierigkeiten machen könnte, werden überhaupt nur acht bis neun Millionen Tonnen gebraucht.

Wo bleibt das vielgerühmte deutsche Organisationstalent,

wenn diese 8—9 Millionen bei einer 50 Millionen-Tonnen-Ernte nicht zu beschaffen waren? Man lägt die Dinge auf dem Kartoffelmarkt einfach treiben. Zuerst wird der Anchein erweist, als ob wir im Frühjahr zu wenig Kartoffeln haben werden und nachher wissen wir uns vor Ueberfluß nicht zu lassen. Da werden wieder Millionen Zentner der Spiritusbereitung zugewiesen. Warum wird nicht die Trinkspirituferzeugung überhaupt verboten? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Betrieb der Bierbrauereien wird doch gewaltig eingeschränkt. Allerdings, da kommen keine Agrarier in Betracht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Gegenteil, die Gerste, die dort vermälzt wird, brauchen die Agrarier zu Fütterungszwecken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Warnen möchte ich daher, Ertragspreise für sogenannte Qualitätskartoffeln festzulegen. Dann gelten einfach alle Kartoffeln als Qualitätsware, und es wird Gefehesübertreibungen aller Art eine breite Weide gebaut. Die ganze Kartoffelfrage ist kein Ruhmesblatt unserer Agrarier. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß haben auch die Händler ihr volgerättelt Maß an Schuld bei der Zurückhaltung der Kartoffeln, und ebenso des Gemüses. Wertwürdig ist auch, daß seitdem wie die Inlandhöchstpreise haben, in Käse, Gemüse usw. es nur noch Auslandsware gibt. Da ist offenbar Verzug im Spiel, und die Regierung sollte hier mit eisernem Besen auskehren. Sie steht aber leider unter dem unheilvollen Einfluß unserer Agrarier. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.)

Auch in den besetzten Gebieten Russisch-Polens herrscht großes Elend. Daher dürfte von dort nur der direkte Ueberfluß nach Deutschland ausgeführt werden. Die Brottrationen für die dortige Bevölkerung müssen ebenso hoch bemessen werden wie in Deutschland. Eine ähnliche Notlage soll in Belgien herrschen. Wir wünschen, daß dafür gesorgt wird, daß die Bevölkerung dieser besetzten Gebiete nicht zu sehr ins Elend gerät. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind jetzt leider in der Welt als Barbaren verschrieen. Nun, da deutsche Volk gehört nicht zu den Barbaren und gerade in der Behandlung, die wir den Völkern in den besetzten Gebieten angedeihen lassen, können wir das beweisen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit gemischten Geföhlen sehen gewisse Kreise auf die staatssozialistischen Maßnahmen, die sich jetzt als notwendig erweisen. Wir Sozialdemokraten konstatieren, daß in schwieriger Zeit der Privatkapitalismus verfaßt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Saß

„Eigentum ist Diebstahl“

ist heute in der Praxis anerkannt, wenn der Getreidebauer dafür, daß er das von ihm geerntete Getreide für sich und seine Zwecke verwerten will, unter Umständen mit Gefängnis bestraft wird. Die Auskultung des Zwischenhandels haben wir Sozialdemokraten von jeder erstrebt. Sie aber haben die Konsumvereine stets bekämpft. Häufig quälen Sie sich damit ab, auf das kapitalistische Gewächs einen sozialistischen Trieb zu verpflanzen; das muß natürlich eine Karrikatur geben. Trotzdem könnte vieles besser geregelt werden, wenn Sie unseren Anregungen Gehör schenkten. Es müßte tiefer in den Produktionsprozeß eingegriffen werden. Um dem Mangel an Fett zu begegnen, müßten viel größere Mengen Futtergetreide gebaut werden. Das muß aber im großen organisiert und ausgebaut werden.

In der Kommission ist das Wort gefallen, man könne die landwirtschaftlichen Produzenten nicht mit der Peitsche auf den Aker zwingen. Nun, Sie zwingen doch heute Millionen von Deutschen zum Kriegsspielen. (Lachen rechts: Zwingen? Jawohl! bei den Sozialdemokraten.) Sie zwingen heutzutage von Deutschen, die dedenden Schlingengärten, wenn es nötig ist, zu verlassen und in den männermordenden Kugeltregen zu ziehen. Da sollte man nicht die agrarischen Produzenten im Lande zwingen können, daß sie ihre Acker bestellen im Interesse der hungernden Kriegesfrauen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin ja überzeugt, daß die Agrarier durchaus ihre Schuldigkeit tun werden. (Zuruf rechts: Selbstverständlich!) Wenn man darauf hinweist, daß im Ausland die Ernährung auch teurer geworden ist, wird das ein geringer Trost für uns. Nach den Angaben der Regierung in der Pauschaltkommission des Reichstags sieht aber Deutschland obenan in der Lebensmittelteuerung. Mit dieser haben die Lohnsteigerungen durchaus nicht Schritt gehalten. Auch beginnt jetzt schon wieder Arbeitslosigkeit einzutreten. Weht die Lebensmittelverteuerung so weiter, so wird der Selbsterhaltungstrieb die Arbeiter zwingen, zur ultima ratio der Ausbeuteten, zum Streik zu greifen. Dann werden Ihnen die Arbeiter den Burgfrieden in Fegen vor die Füße werfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir tun unsere Pflicht und warnen Sie. Durch diesen Lebensmittelwucher erreichen Sie nur, daß ein Miß in unser Volk gebracht wird. Dieser Miß wird sich, wenn diese Politik fortgesetzt wird, immer mehr erweitern und die Masse des Volkes wird dann für immer erkennen, wo ihre wirklichen Feinde stehen. (Brauo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Rosfide (L):

Draußen auf den Kriegsschauplätzen steht das ganze deutsche Volk geschlossen gegen die Feinde zuammen. Auch auf dem Kriegsschauplay im Innern sollten wir geschlossen alle Widerstände zu überwinden suchen. (Sehr wahr!) Was hören wir statt dessen? Eine reine Agitationsrede, die nur dazu bestimmt ist, die Volkstreue gegen einander zu hehen. (Zustimmung rechts.) Das ist eine betrübende Wahrnehmung. Dähnlich hat der Vordredner darauf hingewiesen, daß der Klassenkampf besteht und weiter bestehen wird. Sie (zu den Sozialdemokraten) würden allerdings, wenn Sie die Macht dazu hätten, den Klassenkampf bereinigen. Wir aber halten es unter den heutigen Zeitverhältnissen nicht für angebracht, den Kampf im Innern zu fördern. Der Vordredner hat vom Zwang zur Arbeit gesprochen. Nun, gerade seine Freunde haben doch bisher stets

diesen Zwang abgelehnt. Er meinte auch, der Zwang müsse ausgelöst werden, wie man ja auch die Arbeiter zum Kampf gegen den Feind zwingt. Ich protestiere dagegen, daß unsere Soldaten gewissermaßen als Soldaten hingelegt werden. Ich behaupte, daß kein Volk mit einer derartigen Begeisterung gegen den Feind gezogen ist wie das deutsche Volk. (Stürmischer Beifall bei der Rede.) Zurück bei den Sozialdemokraten.) Herr Hoffmann, dann wollen wir beide miteinander hinausgehen. (Große Heiterkeit.) Sie (zu den Sozialdemokraten) wollen den Zwang zur Arbeit nur für bestimmte Gruppen, aber nicht für die Verufe, die sie denügen, um den Klassenkampf zu führen. Wenn der Vorredner sagte, es sei hier wieder einmal festzustellen, daß Eigentum Diebstahl sei, so kann er das nur sagen, weil er hieron nichts versteht. (Lachen b. d. Sozialdemokraten.) Schon im alten preussischen Landrecht ist der soziale Gedanke enthalten, daß der, der im Notfall nicht hilft, strafbar ist. Was wollen denn die Sozialdemokraten mit den von ihnen erstrebten Staatsbetrieben? Im Reichstag haben sie zugestimmt, daß die Verwaltung des Getreides durch die Reichsgetreidestelle teurer wie jede Privatverwaltung ist. (Hört! hört!) Die Herren kommen also fortgesetzt mit sich selbst in Widerspruch und ich weiß nicht, wie Sie diese Widersprüche mit einander verbinden wollen. (Abg. Dr. Liebknecht: Sie haben keine Ahnung vom Sozialismus!) Nun, bei Ihnen, Herr Liebknecht, würde ich am allerwenigsten in die Schule gehen. (Heiterkeit.) Wir müssen in diesem Krieg alle ein Ziel vor Augen haben, das ist der Sieg, und wenn wir zum Siege kommen wollen, dann müssen wir zusammenarbeiten. Gegenüber allen Klagen des Vorredners können wir immer wieder nur sagen, daß die Teuerung im Ausland viel schlimmer ist als bei uns. Man sollte anerkennen, daß die deutschen Agrarier keine Leute sind, die darauf ausgehen, das Volk zu überauern und zu berauben. Sie haben sich bereitwillig im Interesse des Volkes großer Vorteile begeben. (Sehr wahr! rechts.) Die Landwirte sind an der ja auch bei uns zweifellos bestehenden Teuerung wahrlich nicht schuld, und die Wiederholung dieser Behauptung muß schließlich zur Verbeugung führen. Der Redner beipricht weiter Einzelheiten. Die Kartoffeln lassen sich nicht so einfach wie das Getreide beschlagnahmen. Sie müssen ein gewisses Wertobjekt sein für den Erzeuger und auch für den Verbraucher, damit spram damit umgegangen wird. Geradezu ungeheuerlich ist die Behauptung des Vorredners, die Bevölkerung erhalte mit jeder Kartoffel einen Tribut an die bösen Agrarier. Tatsache ist doch, daß das Volk im Kleinhandel die Kartoffel zu einem Preise erhält, der dem Durchschnitt der letzten Friedensjahre entspricht. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Der im Verhältnis zu den hohen Preisen der Futtermittel niedrige Kartoffelpreis war geradezu ein Anreiz zur Verfertigung. Dabei mußte er erhöht werden, sollte nicht eine Katastrophe eintreten. Herr Döfer hat die Produktionskosten für einen Zentner Kartoffeln auf 1 M. berechnet. Er muß in wahrhaft paradiesischen Zuständen leben. (Heiterkeit.) Aber ganz abgesehen davon, man darf nicht die Produktionskosten einer einzelnen Frucht herausgreifen, sondern die gesamten Produktionskosten eines Betriebes nehmen, will man zu einer richtigen Rechnung gelangen. (Sehr richtig! rechts.) Gewiß, auch die Landwirte wollen verdienen, auch sie brauchen einen Anreiz. Wir sind ja alle nur Menschen mit menschlichen Fehlern. Tatsächlich unrichtig ist die Behauptung des Abg. Döfer, der Aufschwung der Landwirtschaft gebe zurück bis auf die Zeit der Caprivischen Ära. Unter dem damaligen geringen Zollsatz hielt die Produktionssteigerung nicht Schritt mit der Bevölkerungszunahme. Bei allen Ausführungen über die Fragen der Volksernährung müssen wir uns vor Augen halten, daß der Auslieferungungsplan von England ausgeht. Deshalb ist England unser schärfster Feind und ihn müssen wir daher bekämpfen mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen. (Beifall rechts.)

Abg. Herold (Z.):

Durch die zahllosen Kartoffelverordnungen findet sich kein Mensch mehr heraus. Man sollte einmal eine Zusammenstellung machen, damit man eigentlich weiß, was Recht ist und was nicht. Die nachträglich erfolgte Erhöhung der Kartoffelpreise, die entgegen allen bestimmten Zusicherungen erfolgt ist, muß das Vertrauen in solche Zusicherungen schwer erschüttern. Wir beantragen jedenfalls, daß bis zum Frühjahr keine weitere Erhöhung des Kartoffelpreises eintrete und darüber hinaus nur eine Erhöhung zur Deckung des Schwindes. Der Mangel an Lebensmitteln darf nicht zu einer übermäßigen Preissteigerung ausgenutzt werden. Die großen Leistungen der deutschen Landwirtschaft unter den schwierigsten Verhältnissen waren nur möglich dank dem Schutz der heimischen Produktion. Mag der Krieg noch so lange dauern, wir halten wirtschaftlich aus, bis unsere militärischen Erfolge uns einen großen, schönen und den Opfern entsprechenden Sieg sichern. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Campe (natl.):

Herr Dr. Roehde behauptete, daß wir durch einen höheren Futterertragszoll es der Landwirtschaft ermöglichen hätten, mehr Futtergerste anzubauen, und daß wir dann alle Schwierigkeiten vermieden hätten. Aber er muß doch auch wissen, daß alles Land bestellt ist. Wir sind eben beim Bezug der Futtermittel tatsächlich vom Ausland abhängig. — Eine Heraushebung der Kartoffelpreise ist sicher nicht nötig. Wir hat gestern noch ein Landwirt aus diesem Hause gesagt, daß die Bauern mit den jetzigen Kartoffelpreisen ganz gut auskommen. (Hört! hört!) Das Hin und Her in der Kartoffelpreispolitik war geeignet, die Autorität der Regierungsgorgane zu untergraben. (Sehr richtig! links.) Hier paßt das Börsenräuberwort: „Keine Regierung ist schlechter als eine schwankende.“ Ein großer Fehler war, daß die Hauptverbraucher, die Militärverwaltung und die Konsumverbraucher nicht auch an die Höchstpreise gebunden wurden. Dadurch wurde die Wirkung der Höchstpreise illusorisch gemacht. — Den staatssozialistischen Anträgen der Kommission stimmen wir nur zu, weil es sich gegenwärtig um Ausnahmestände handelt.

Präsident der Reichsgetreidestelle Dr. Michalek:

Ich möchte einige Mitteilungen machen über das Ergebnis der Nachprüfungen der Getreidebestandsaufnahme. Im Juli ergab die Schätzung unserer Ernte 10 1/2 Millionen. Das war außerordentlich wenig, weil eine gute Ernte sonst 14 bis 15 Millionen Tonnen ergibt. Im November wurde dann eine Bestandsaufnahme gemacht, und man war der Meinung, es würde mehr dabei herauskommen als die Schätzung vermuthet ließ. Das war aber nicht der Fall, sondern in geradezu unbehaglicher Weise war das Ergebnis soweit zurückgeblieben hinter den Schätzungen vom Juli und dem Bedarf, daß sich die maßgebenden Stellen veranlaßt sahen, einschneidende Maßnahmen anzuordnen, um die Vorräte dem Bedarf anzupassen. Durch diese Maßnahmen gelang es, den vollen Gebirgsbedarf zu decken. Es wurde dann eine Nachprüfung der Bestandsaufnahme veranlaßt, die auch den Rest als voll ergeben hat. Sie müssen aber nicht glauben, daß das, was dabei mehr zum Vorschein gekommen ist, ein wirkliches Plus ist über unseren Bedarf hinaus, sondern wir brauchen dieses Plus, wie gesagt, um das Risiko zu decken, daß unserm Bedarf gegenüber vorher festgelegt war. Der Bedarf selbst ist genau festgelegt. Zu ihm treten auch die Reserven. Diese betragen aber nur 200 000 Tonnen, die wir nötig haben, um in die neue Ernte hinüberzugehen, die in manchen Gegenden erst Ende September fertig ist. Wenn wir nur auf diese 200 000 Tonnen Reserve angewiesen wären, so wäre das sehr inapp. Ich kann daher mit großer Verriedigung konstatieren, daß heute feststeht, daß auf Grund der getroffenen Maßnahmen sowohl das Manfo, das noch zu decken war, gedeckt ist, als auch darüber hinaus Hoffnung besteht, daß die Reserve um etwas erhöht wird. (Bravo!)

In der Presse ist nun bei den Nachrichten über die Verbesserung unserer Bestandsaufnahme vielfach irreführende Kritik geübt worden. Es hieß, daß vorhandenes Getreide verdrängt sei, die Landwirte wären nicht willens gewesen, für die Allgemeinheit herzugeben, was sie hatten. Dabei sind die Zahlen in geradezu fündlicher Weise geschätzt worden. Wenn diese Schätzungen über das, was verdrängt sein soll, zuträfen, müßten wir in Getreide schwimmen. Festzustellen ist aber nur, daß wir über die vorher bestandene Sorge hinaus sind. Aber die Qualität des Getreides ist in diesem Jahre besonders

schlecht. Wir müssen eben im Kriege alles Getreide für die menschliche Nahrung in Anspruch nehmen, auch das, was sonst wegen der mangelhaften Beschaffenheit verfaßter wird.

Die meisten Vorredner haben der Reichsgetreidestelle vorgeworfen, sie bevorzuge die Großmühlen und beachtliche bei der Vergabe der Mehlaufräge die mittleren und kleineren Mühlen nicht genügend. Inbestritten ist, daß die kleinen und mittleren Mühlen teurer arbeiten als die Großmühlen. Würden wir also Mehlaufräge in erheblichem Umfange den kleinen und mittleren Mühlen geben, so würden wir die heutigen Mehlpreise nicht festhalten können. Wir haben uns aber das Ziel gesetzt, bis zum Schluß des Krieges den gegenwärtigen Mehlpreis beizubehalten, und wir wollen auch daran nichts ändern. Auch die Reichsgetreidestelle bebauert, wenn ein so wichtiger Stand wie es die kleinen und mittleren Mühlen sind, nicht voll zu seinem Rechte kommt. Wir wollen im dritten Kriegsjahr versuchen, uns mit den Kommunalverbänden insofern ins Benehmen zu setzen, daß durch eine Art Syndizierung die kleinen und mittleren Mühlen zu Mühlenverbänden zusammengeschlossen werden. Wir werden dann zwar auch nicht alle Mühlen beschäftigen, aber wir werden alle Mühlenbesitzer an diesen Verbänden beteiligen können, so daß sie wenigstens ihre Leute beschäftigen und ihre Zinsen bezahlen können. Wir werden ja da große Enttäuschungen erleben, es wird wenig herauskommen, aber wir wollen wenigstens versuchen zu erreichen, daß die Müller über die gegenwärtige schwere Zeit bis zu einem gewissen Grade hinwegkommen. (Beifall.)

Ministerialdirektor im Landwirtschaftsministerium Graf Rehsingl weist auf die neuen Bestimmungen für die Syndizierung des Viehhandels hin, die den Interessenten noch nicht allgemein bekannt sind und die den Wänschen Rechnung tragen, den örtlichen Verkehr nicht zu beeinträchtigen.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr.

Schluß gegen 5 Uhr.

Die Lage der französischen Metallarbeiter.

Vor einiger Zeit wurde in England ein Bericht über den Stand der Munitionsfabrikation und der Lage der Munitionsarbeiter in Frankreich veröffentlicht, der auf Grund der Ermittlungen einer von Lloyd George entsandten Studienkommission verfaßt worden war. Wie fast immer in solchen Fällen haben die Mitglieder der Kommission nicht alles erfahren, was für die Beurteilung des Untersuchungsgegenstandes wichtig gewesen wäre. Sie konnten nur halb unterrichtet wieder nach Hause reifen, da sie es nicht für nötig gehalten hatten, sich bei den organisierten Arbeitern Auskunft zu holen.

Im „Labour Leader“ wird nun das Interview eines Mitarbeiters mit dem Sekretär des Metallarbeiterverbandes, Meerheim, veröffentlicht, dessen Inhalt zwar für die englischen Arbeiter bestimmt war, aber auch genug des Interessanten für uns in Deutschland bietet.

Meerheim gibt zu, daß der Bericht der Kommission mit Recht sagt, daß die Gewerkschaftsbestimmungen in bezug auf Arbeit und Lohn suspendiert seien, daß weder eine Beschränkung der Frauenarbeit noch eine Begrenzung der Unternehmerprofite existiere, und daß es während des Krieges keinen Streik gegeben habe. Aber die Annahme des Berichts, daß die Arbeiter diesen Stand der Dinge freudig angenommen hätten und keine Einwendungen dagegen erhoben, sei absolut falsch. Ebenso unwahr sei der Schluß, der der Geist, der die Nation beherrsche, Schwierigkeiten in der Herstellung von Kriegsmaterial verhärtet habe, und daß die verstärkte Produktion nur eine Ursache habe, nämlich „patriotische Begeisterung.“

Der Bericht läßt die wichtige und wesentliche Tatsache aus, daß die Arbeiter sich nicht helfen können, weil die große Mehrheit von ihnen — wahrscheinlich etwa 80 Proz. — eingezogene Männer und in den Fabriken der militärischen Gewalt unterworfen sind. Jeder mobilisierte Arbeiter, der es wagen wollte, Einwände zu erheben, Lohnerrhöhung zu verlangen, oder allein oder mit anderen zusammen irgendeine Aktion zu unternehmen, würde unweigerlich an die Front geschickt, oder nach Militärgefängnis bestraft. Von sechs Arbeitern, die wegen unbegründeter Entlassung eines Kameraden für eine Stunde die Arbeit niedergelegt hätten, sei einer arretiert und durch das Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Metallarbeiterverband habe immer wieder gegen die den Arbeitern auferlegten Bedingungen protestiert. Aber durch die Militarisierung der Fabriksarbeiter seien diese den Unternehmern, die hohe Profite einstecken, auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Der Profit an einer 7,5-cm-Kanone sei etwa 300 Proz. Ein kleiner Fabrikant in Angers, der nur 10 Arbeiter beschäftige und ihnen gute Löhne zahle, so daß sie im Durchschnitt 20 Franc pro Tag im Stücklohn verdienen, macht einen Mindestprofit von 400 Franc pro Tag. Dabei habe er die Aufträge aus dritter Hand, was mögen erst die verdienen, die den Arbeitern 5 bis 6 Franc pro Tag geben und direkt an die Regierung verkaufen!

Selbst Kinder arbeiten Tag und Nacht in den Munitionsfabriken, eine Tatsache, die in dem Kommissionsbericht nicht erwähnt war. Einen unerhörten Vorfall aus einer Pariser Fabrik erwähnt Meerheim. Dort seien die Kinder in einer Munitionsfabrik so erschöpft gewesen, daß sie um Mitternacht schlaftrig wurden, und um sie wach zu halten habe man ihnen schwarzen Kaffee mit Branntwein gegeben! Die Frauen seien ebenfalls überanstrengt, aber der Arbeitsminister, dem man die Tatsachen berichtet, habe gesagt, daß er nicht die Macht besitze, irgend etwas zu unternehmen. Herr Millerand, des Kriegsministers, Antwort sei gewesen, „es gibt keine Fabriksgehe mehr.“

Der Metallarbeiterverband hat verlangt, daß die Regierung den Befehl über die Munitionsfabriken übernehmen und die Besitzer als Leiter mit Gehalt anstellen solle, aber die Regierung zieht es vor — wie es überall geschieht — den Dienstzwang zur Versorgung der Unternehmer mit billigen Arbeitern zu benutzen, und sie begrenzt nicht einmal die Profite der Unternehmer. Die Regierung habe übrigens auch die Macht, Arbeiter zu kommandieren, die nicht eingezogen seien, und sie habe oft von diesem Recht Gebrauch gemacht. Wäre alles das den britischen Arbeitern bekannt, meint Meerheim, so würde es ihnen eine Warnung vor der Dienstpflicht sein.

Es gibt, glaube ich, Millionen in England, in bezug auf die Macht des Unterstaatssekretärs für Munitionen, Herrn Albert Thomas, was die die Arbeiter betreffenden Fragen angeht. Er ist voll von guten Absichten und hat den festen Wunsch, das Los der in den Munitionsfabriken beschäftigten Männer und Frauen zu verbessern, aber er ist ohnmächtig gegen die Opposition der Arbeitgeber und der militärischen Autoritäten. Sie sind es, die die absoluten Herren der Fabriken sind, in denen ihr Wille Geseh ist, mit schrecklichem Erfolg in bezug auf die Quantität wie auf die Qualität der Produktion.

Die Löhne sind im allgemeinen niedriger geworden als vor dem Kriege, besonders die der mobilisierten Arbeiter. Sie sind im Durchschnitt um 40 Proz. gesunken, während die Kosten der Lebenshaltung um 40 bis 60 Proz. gestiegen sind. Wenn diese Reduktion in der Kaufkraft des Geldes berechnet wird, müssen die meisten der mobilisierten Arbeiter zwei Fünftel von dem verdienen, was sie vor dem Kriege hatten. Es gibt Fabriken, in denen Mobilisierte zu 50 bis 70 Centimes die Stunde neben Nicht-

mobilisierten arbeiten, die 1 Franc 20 Centimes verdienen. Der Grund ist, daß die mobilisierten Arbeiter machtlos sind, daß sie aber vorziehen zu niedrigen Löhnen zu arbeiten, als an die Front geschickt zu werden.

Unter den Arbeitern herrscht große Unzufriedenheit mit ihrer Lage, die sie nicht ändern können. Sie machen den sozialistischen Minister A. Thomas dafür verantwortlich, obgleich er tatsächlich keine Macht besitzt, und Meerheim ist davon überzeugt, daß sie, wenn sie erst wieder frei reden können, ihren Jörn fühlbar machen werden.

Meerheim bittet, den britischen Arbeitern zu sagen, daß die Dienstpflicht für die Arbeiter den ersten Schritt zur industriellen Sklaverei und das Ende der freien Aktion auf dem wirtschaftlichen Gebiet sowohl während des Krieges wie nachher bedeute. Die französischen Unternehmer verlangen bereits jetzt durch die Handelskammern, daß nach dem Kriege die despotische Disziplin und die allgemeinen drakonischen Arbeitsbedingungen, die jetzt bestehen, erhalten bleiben sollen. Einige haben die ständige Rückkehr zum Zwölftundentag verlangt mit dem Recht der Ueberarbeit ohne besondere Bezahlung.

Eine ganze Reihe von Einzelbeispielen über die Bezahlung der Arbeiter und Arbeiterinnen werden noch mitgeteilt. Aber die englischen Arbeiter werden nun auch im eigenen Lande erfahren, was der Dienstzwang für die organisierte Arbeiterschaft bedeutet. Vielleicht, daß die englischen Militärbehörden nicht wagen werden, mit derselben Schärfe vorzugehen wie es in Ländern geschieht, in denen die Dienstpflicht schon lange eingeführt ist. Aber darüber kann kein Zweifel bestehen, daß auch in Großbritannien mit einer Zeit verschlechterter Arbeitsbedingungen gerechnet werden muß, und daß es den Gewerkschaften nach dem Kriege nicht leicht sein wird, sich ihre alten Rechte wieder zu erkämpfen. (Z.)

Zur Richtigstellung.

Genosse Ledebour erlucht uns um Aufnahme folgender Zuschrift:

Ueber eine Parteiverammlung in Kiel am 10. Februar sind durch die „Schlesw.-Holst. Volkszeitung“ und durch das Pressebureau Berichte verbreitet worden, die darauf angedeutet sind, mich persönlich zu verdrängen. Um den Wust von Verdrehungen zu entwirren, muß ich auf die Vorgeschichte der Versammlung eingehen.

Zu einer Aussprache über die schwedenden Parteiferenzen hatte ich für eine Versammlung am 20. Januar in Kiel das Referat übernommen; Legien war als Korreferent vorgegeben. In dem Einladungs schreiben des Vorsitzenden des Wahlvereins war die auffällige Wendung enthalten, daß unter den 8000 Mitgliedern des Vereins „nur wenige Anhänger der Minderheit zu verzeichnen“ seien. Die Versammlung war von 2000 bis 2500 Personen, nur Vereinsmitgliedern, besucht. Es war für mich sehr erfreulich, für die Veranstalter der Versammlung offenbar ebenso unerfreulich, daß im Laufe der Verhandlungen sich in wachsender Nähe die Mehrheit der Versammlung auf meine Seite stellte. Aus Erüssen des Vorsitzenden hatte ich mein Referat auf anderthalb Stunden beschränkt. Legien hielt die getroffene Vereinbarung indes nicht inne, sondern überschritt die Redezeit, ungehindert vom Vorsitzenden, so daß es 12 1/2 Uhr wurde, ehe er schlief. Mehrere Genossen drängten, zu vertragen, da eine ausgiebige Diskussion doch nicht mehr stattfinden könne. Ich machte den Vorschlag, nur noch beiden Referenten zu kurzen Repitlen das Wort zu geben, da es sehr unklar sei, ob ich zu der Fortsetzung der Versammlung noch einmal nach Kiel kommen könne.

Ganz abgesehen davon, daß ein im politischen Leben tätiger Mann niemals im voraus sich zu einem noch völlig unbestimmten Termin auf eine Versammlung festlegen kann, heranläge mich zu dieser Bemerkung die Tatsache, daß ich für die nächste Zeit zu einer wichtigen Reise aufgefordert war. „Unter der die Kieler Versammlung unbedingt hätte zurückstehen müssen. Nicht, aber hatte ich es überhaupt abgelehnt, zur Fortsetzung der Versammlung nach Kiel zu kommen. Sofort nach Schluß der Versammlung ging ich dann ohne noch mit jemand zu sprechen, mit ein paar Genossen der Opposition, die eine Aussprache mit mir wünschten, fort. Sie erluchten mich dringend, jedenfalls zu der nächsten Versammlung zu kommen, da die sämtlichen Redakteure und Parteibeamten Kiels auf Seiten der Majorität stehen und sie selbst als einfache, in der Diskussion weniger gekulte Arbeiter gegenüber Legien und seinen Freunden einen zu schweren Stand hätten. Ich konnte nur wiederholen, was ich bereits in der Versammlung gesagt hatte, es sei unwahrscheinlich, daß ich noch einmal kommen könne; wäre es aber möglich, so würde ich es tun, wie ich ausdrücklich hinzufügte.

Der Vorsitzende Frölich hat sich nun eifrig bemüht, jene Ausführungen, daß ich wahrscheinlich nicht kommen könne, zu einer unbedingten Ablehnung umzuwandeln. Die ganze Hege, die gegen mich inszeniert wurde, steht und fällt mit dieser Anlegung. Das sonderbare Verfahren, einen Referenten unbedingt auf ein angelegliches Versprechen festzulegen, daß er nicht zum zweiten Male kommen wolle zur Fortsetzung der Versammlung, erklärt sich sehr einfach: Nachdem es durch die Obstruktionsrede Legiens gelungen war, die Beschlusfassung am 20. Januar zu vereiteln, kam es noch darauf an, mich aus der folgenden Versammlung fernzubalten; meine angebliche „Ablehnung“ mußte als Vorwand dienen, mich überhaupt nicht mehr einzuladen.

Von diesem lauberen Plan hatte ich aber keine Ahnung. Ich nahm als selbstverständlich an, daß der Vorsitzende, sobald der Versammlungstermin festgelegt war, die beiden Referenten auffordern würde, sich definitiv zu entscheiden, ob sie erscheinen könnten und wollten. Ich wartete darauf längere Zeit vergeblich. Der Vorsitzende schrieb mir zwar einige Tage nach der ersten Versammlung in einer anderen Angelegenheit; von einer zweiten Versammlung erwähnte er kein Wort. Auch von der Opposition erhielt ich keinerlei Mitteilung.

Am 8. Februar endlich fragte ein Redakteur des „Vorwärts“ telephonisch bei mir an, wie es denn eigentlich mit der zweiten Versammlung in Kiel stände, die Redaktion hätte verabschiedet nach dem Bericht gefragt. Ich erwiderte, ich hätte ausführlicher darüber noch keine Nachricht erhalten, wolle mich aber sofort erkundigen. Ich schrieb dann gleichzeitig an den Vorsitzenden Frölich und an einen Genossen der Opposition. Legier telegraphierte sofort nach Empfang meines Briefes: „Fortsetzung der Versammlung morgen Donnerstag, 10.2., 8 1/2 Uhr. Ihre Beteiligung dringend erwünscht.“ „Volkszeitung“ arbeitet ungeheuer vor.“

Von dem Vorsitzenden erhielt ich keine Antwort. Das war verdrängend. Was sollte ich machen? Wäre ich nicht gefahren, so hätten die Genossen der Opposition glauben können, ich wolle sie im Stich lassen. Ich wartete also bis zum letzten Termin und fuhr dann mit dem Samedag, der abends 6 1/2 Uhr in Kiel eintrifft.

Was hatte nun Frölich gemacht? Er hatte aus meinem Brief erfahren, daß ich bereit war, zu kommen. Ihm standen zwei Wege offen: er konnte gleichzeitig an Legien und mich telegraphieren, zu kommen; wenn er aber glaubte, Legien könne oder wolle das nicht tun, dann mußte er unter allen Umständen mich telegraphisch erluchten, nicht zu kommen, weil Legien auch nicht erscheinen werde. Ich hätte mir dann sicher die Ungelegenheit einer nutzlosen Reise nach Kiel erspart. Statt so parteigenösslich zu verfahren, hat Frölich sich damit begnügt, einen Brief an mich zu schreiben, der laut Poststempel erst 9—10 Uhr nachts in Kiel ausgegeben ist, vor dem der Abend also sicher wußte, daß er mich unmöglich vor meiner Abreise, die er voraussetzte, rechtzeitig erreichen konnte. Auch in Kiel selbst hätte Frölich, wenn es ihm um eine gütliche Beilegung der Sache zu tun gewesen wäre, mich am Bahnhof erwarten können. Statt dessen war ein Posten am Bahnhof aufgestellt, der, ohne sich mit zu erlernen zu geben, meine Ankunft

festgelegt hat, um dann spornreich dem mittelfreien zusammengetretenen Aktionsausschuss Meldung zu machen. Der Aktionsausschuss hat dann zweifellos nach einer gehörig ausgeprägten Schilderung meiner schwarzen Absichten durch Fröhlich, feierlich beschlossen, mich zu der Versammlung nicht zuzulassen. Ich hatte von dem allem keine Ahnung; im Hotel bekam ich zuerst die letzten Nummern der „Volkzeitung“ zu Gesicht. Die Annonce sprach von einer Aussprache über die Referate Ledebours und Legiens. Aus dem Text der Zeitung erfuhr ich, daß die letzte Zeit hindurch fortgesetzt durch lange Zuschriften gegen die Opposition und gegen mich persönlich Stimmung gemacht war.

Als ich den Versammlungssaal betreten wollte, wurde mir in scharfer Weise der Zutritt verweigert. Ich erfuhr jetzt erst, daß Legien auch nicht eingeladen sei. Ich erklärte, daß das unter diesen Umständen doch unmöglich gegen mich ausgesagt werden dürfe, um mir als Referenten den Eintritt zu verweigern. Es könne ja, um beiden Seiten gerecht zu werden, irgend ein anderer Genosse, zum Beispiel der sehr redigewandte Redakteur Adler, mit den Rechten des Korrespondenten betraut werden. Einige Genossen der Opposition, die sich unterdes eingefunden hatten, betraten den Saal, um meine Zulassung zu beantragen. Während ich im Vorzimmer den Ausgang dieser Geschäftsordnungsdebatte abwartete, haben eine Anzahl Leute, deren Namen der Versammlungsbericht der „Volkzeitung“ triumphierend verzeichnet, mich mit persönlichen Schmähungen bedrängt. Durch besondere Rohheit zeichnete sich dabei der Geschäftsführer des Gewerkschaftshauses aus, der bei dieser wohl vorbereiteten Szene eigens den Posten eines Türhüters übernommen hatte. Einem jener Leute entschloß sich dabei das Eingekleidete des wahren Grundes für diese unerhörte Raue: So einen Kerl lassen wir hier nicht mehr reden, der macht uns ja die Parteigenossen verrückt!

Während ich so aus dem Saale ferngehalten wurde, beschuldigte mich dort der Urheber dieser ganzen Ständelunge, der Wahlvereinsvorsitzende und Redakteur Fröhlich, tiefend vor Enttäuschung, ich hätte es von vornherein darauf abgelegt gehabt, Legien auszuhalten, um ohne ihn besser die Versammlung bearbeiten zu können.

Eigentlich sollte meine gesamte politische Tätigkeit mich hindern gegen den Verdacht schlingen, daß ich mich je scheuen könnte, irgend einem Gegner entgegenzutreten. Aber nun hatte obendrein meine Auseinandersetzung mit Legien in der vorhergehenden Versammlung für mich den denkbar günstigsten Ausgang genommen.

Und die Auseinandersetzung mit einem solchen Gegner sollte ich scheuen? Das ist wirklich der Gipfel einer abgemessenen Verdächtigung. Ich hatte doch gerade das größte Interesse daran, ihm Auge gegen Augentreten zu können, während umgekehrt den Versammlungsorganisatoren nach den gemachten Erfahrungen daran gelegen sein mußte, nicht nur mich selbst, sondern auch Legien fernzuhalten, da er jedenfalls durch verschiedene Genossen in Kiel voll auf zu erleben war. Aber das Fröhlichsche Manöver, das ich nicht entlarven konnte, hat gewirkt; die Versammlung lehnte zunächst mit knapper Mehrheit meine Zulassung ab und nahm später mit großer Mehrheit eine Zustimmungserklärung zu der Instanzentscheidung an.

Triumphe, die mit solchen schabigen Mitteln erfochten werden, sind aber erfahrungsgemäß kurzlebig. Das haben früher zur Genüge unsere bürgerlichen Gegner erfahren, so oft sie uns gewohnheitsgemäß zu Versammlungen den Zutritt verweigerten. Die Methode Fröhlich übertrifft zwar die bürgerlichen Beispiele noch erheblich. Es ist das auch ein Beweis, wie herrlich weit wir es bereits im Parteileben gebracht haben.

Steglich, 16. Februar 1916.

G. Ledebour.

Aus der Partei.

Ein Partei-Schiedsgericht

wurde in Bremen auf Wunsch des Parteisekretärs Genossen Wellmann eingeleitet, um die Beschuldigung zu untersuchen, daß er in einem „Erechial“-Artikel eine „Demuniation“ begangen habe. Das unter dem Vorfig des Genossen Müller-Berlin zusammengetretene Schiedsgericht entschied einstimmig, daß von einer Demuniation keine Rede sein könne.

Aus Groß-Berlin.

Vater und Sohn.

Ein Vorort im Osten. Dunkel sind die Straßen, nur wenige Laternen verbreiten ein mattes Licht. Die Frauen eilen, die letzten Einkäufe noch eiligst zu erledigen, denn das Geräusch beim Herablassen der Rolläden ist schon von weither vernnehmbar.

Die Straße herauf hört man Tritte, die von den eisenbeschlagenen Stiefeln eines Soldaten herrühren. Es ist ein Landsturmmann. Von der Arbeit gebüdet, gibt er sich doch die Haltung, die dem Soldaten eigen ist. Neben ihm geht leichtfüßig ein junger Mensch von etwa sechzehn Jahren. Sie treten in eine Gastwirtschaft, der junge Mann zuerst, der ältere folgt.

Nun sitzen sie beim Glase Bier und erzählen ihre Erlebnisse aus der Zeit, in der sie sich nicht gesehen. Der Jüngere nimmt von Zeit zu Zeit eine Zigarettentasche, steckt sich mit gewöhnlicher Miene eine an und reicht seinem Nachbar die Zafche, der das gleiche tut. Sobald sie ausgetrunken haben, winkt er dem Wirt, der die Gläser wieder füllt. Ueberhaupt scheint der Jüngere Herr der Situation zu sein. Er ist sehr geistreich. Bei allem Selbstbewußtsein aber blickt er mit Ehrfurcht zum Vorne hin und fragt ihn über das und jenes. Doch der ist wortkarg. Dieser Ernst liegt auf seinen Zügen und spricht aus seinen Worten. Er hat Pulver genug gerochen; aber das Erlebte hat ihm die Junge nicht gelöst, wie manchem gewissenlosen Schwäger und Aufkäufer, der seine Person in den Vordergrund drängt, sich als Held hinstellt und dabei nur zum besten gibt, was er erst von dritten gehört hat, die es schließlich auch nicht selbst erlebt. Er erzählt mehr von den Sitten und Gebräuchen der Einwohner in den besetzten Gebieten und von dem Leben und Treiben in den Städten.

Die Zeit ist vorgerückt. Der Jüngere fragt den Wirt nach dem zu zahlenden Betrage und zahlt mit einem größeren Geldstück. Dieser gibt zurück und legt das Ueberflüssige auf den Tisch. Der Jüngere schiebt das Geld seinem Nachbar zu, der aber keine Notiz davon zu nehmen scheint.

„Nimm Vater,“ sagt jener. Der Vater errötet etwas verlegen.

„Daß doch, Junge,“ sagt er und schiebt es zurück. „Ach ja,“ der Junge stutzt, wird selbst verlegen, nimmt das Geld und steckt es ein.

Eine Wirtshauspatrouille tritt ein. Der Vater blickt erschrocken nach der Uhr. Der Unteroffizier tritt auf ihn zu mit der Frage nach dem Urlaubsschein. Er zeigt ihn vor.

„Nachurlaub haben Sie nicht?“

„Nein.“

„Sehen Sie nach Hause!“

Der Vater blickt den Sohn an. „Ich muß nach Hause.“

„Du wolltest doch Hermann noch sehen. Er hat bald Schichtwechsel.“

„Du siehst doch, Junge.“ Die Stimme des Vaters zittert ein wenig.

„Dann will ich allein auf ihn warten.“

„Komm nicht zu spät heim. Gute Nacht.“

Der Vater geht. Der Sohn bestellt sich noch ein Glas Bier. Er bläst Rauchwolken vor sich hin und scheint sehr nachdenklich geworden zu sein. (z)

Keine Extra-Würste!

Die Feinloft- (auf deutsch: Delikatessen-) Händler haben sich mit einer Eingabe an den Magistrat gewandt, in der sie ersuchen, die Beschränkung der Würstsorten aufzuheben, damit sie die Kreise mit Feinwürst versorgen können, bei denen die Wohlgeschmacks-, nicht aber die Preisfrage eine Rolle spiele. — Dazu liegt gar keine Veranlassung vor. Die Vermehrung der Würstsorten um angeleglich wertvollere würde nur das Verschwinden der billigeren Sorten bei Verwendung derselben Grundstoffe unter Zuhilfenahme anderer Gewürze bewirken. Die angelegten Preise sind Höchstpreise nur für beste Ware, die auch für Feinwürst gut genug sein muß. Geringere Qualitäten sollen billiger sein.

Also bitte: Keine Extra-Würste während der Kriegszeit!

Der kommende Wohnungswechsel.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Gemäß polizeilicher Anordnung sind beim nächsten Vierteljahrs-Wohnungswechsel im Stadtbezirk Berlin zu räumen: 1. Kleine, aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 4. April 1916, abends, 2. mittlere, aus drei oder vier Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 7. April 1916, abends, 3. große, mehr als vier Wohnzimmer umfassende Wohnungen bis zum 12. April 1916, abends. Die Inhaber der aus ein, zwei oder drei Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen müssen jedoch ein Wohnzimmer und die Mieter von Wohnungen mit mehr als drei Wohnzimmern und Zubehör zwei Wohnzimmer schon am Sonnabend, den 1. April 1916 — vollständig geräumt — dem künftigen Wohnungsinhaber zur Verfügung stellen.

Das Gerücht von einem Verbrechen war gestern im Norden der Stadt verbreitet worden. In dem Hause Pustitzerstr. 18 hatte man die 70 Jahre alte frühere Passauerin Sophie Schmidt, eine geschiedene Frau, tot in ihrem Zimmer aufgefunden. Die Umstände, unter denen dies geschah, ließen den Verdacht eines Verbrechens an der alten Frau aufkommen. Die nähere Untersuchung hat aber ergeben, daß die Frau an Altersschwäche gestorben ist. Im Todesstadium ist sie dann samt den Betten aus dem Bettgestell gefallen. Verletzungen waren an der Leiche nicht zu entdecken.

Ein blutiges Liebesdrama spielte sich gestern im Hofbräuhaus Leipziger Straße 85 ab. Dort gab der 33 Jahre alte Landsturmmann Rudolf Heinge auf die 20 Jahre alte Helene Kasprick, die dort als Dienstmädchen angestellt ist, drei Schüsse ab und schoß sich darauf selbst in den Kopf. Die Kasprick wurde nach der Charité gebracht, während Heinge nach dem Garnisonlazarett übergeführt wurde. Der Grund zur Tat ist Eifersucht.

Einbrecher auf Reisen.

Ein großer Posteinbruch, der am Weihnachtsheiligabend in Jäbidendorf verübt wurde, ist jetzt aufgeklärt worden. An jenem Abende durchschnitten Einbrecher auf dem Postamt in Jäbidendorf mit einem Blaserdiamanten eine Scheibe aus einem Fenster heraus, besetzten eine innere Fensterlade, riegelten das Fenster auf und verschafften sich so Eingang. In einem Dienststraume stand ein großes Regal, das zum Verteilen der Briefe und Pakete benutzt wurde. In dieses war ein eiserner Schrank fest eingelassen. Nachdem die Einbrecher vergeblich versucht hatten, mit den Werkzeugen, die sie bei sich führten, den Schrank zu öffnen, brachen sie das ganze Regal von der Wand los und schleppten es mit dem Geldschrank durch die Hintertür hinaus nach einem 500 Meter vom Postamt entfernten freien Felde. Hier gelang es ihnen, mit ihren Werkzeugen und Hebelsteinen den Schrank aufzubrechen. Sie fanden darin 3000 M. bares Geld und für ebensoviel Postwertzeichen und Versicherungsmarken. Der Verdacht fiel zunächst auf Hilfskräfte, die auf dem Amte beschäftigt gewesen waren. Die Entdeckung und Festnahme der wirklichen Täter hat sie jetzt von dem Verdacht gänzlich gereinigt. Bei zwei anderen Einbrüchen, die kurz vorher bei einem Pastor in der Gegend und dem Amisvorsteher v. Grumme-Douglas verübt worden waren, stellte man Merkmale fest, die sich auch bei dem Einbruch auf dem Postamt wiederfanden. Bei den Ermittlungen nach den Verurteilten, die in Betracht kommen konnten, stieß man auf die beiden Brüder Wilhelm und Paul Renzmann aus Königsberg i. Neumark, die sich am Heiligabend vorübergehend in Jäbidendorf aufgehalten hatten. Beide waren schwer vorbestraft und bald nach dem Einbruch aus der Gegend verschwunden, um nach Berlin zu fahren. Hier hatten sie beide getrennt eine Wohnung genommen. Bei der Hausdurchsuchung entdeckte die Polizei bei dem einen außer verschiedenen Einbruchswerkzeugen einen Kundensteller aus der Wohnung des Pastors und bei der Schwiegermutter des anderen in einem Versteck, das nicht näher zu beschreiben ist, 950 M. bares Geld und einige Briefmarken. Die beiden Brüder hatten unterdessen auch Berlin schon wieder verlassen. Ein Geldbrief führte jetzt zu ihrer Verhaftung. Beide wurden auf der Flucht nach Dänemark in Sonderburg festgenommen. Bei ihnen fand man noch über 900 M. bares Geld und eine große Menge Brief- und Versicherungsmarken. Auch Einbruchswerkzeuge führten sie mit sich. Die Verhafteten, die mit Browningspistolen bewaffnet waren, haben wahrscheinlich noch mehr Einbrüche in der Mark auf dem Kerbholz.

Einen schauerlichen Fund machte der Pförtner eines Hauses in der Veitlingengasse. In einem Müllkasten auf dem Hofe entdeckte er die Leiche eines neugeborenen Mädchens, die halb verrotzt war. Ob man versucht hat, das Kind bei lebendigem Leibe, oder erst nach dem Tode zu verdrängen, konnte nicht ohne weiteres festgestellt werden. Erst die Obduktion wird darüber Gewißheit bringen können. Der Kopf war schon über die Hälfte verbrannt. Die Leiche ist wahrscheinlich von außerhalb her auf den Hof und in den Müllkasten hineingebracht worden. Die Mutter des Kindes ist noch nicht ermittelt.

Ein Kursus für Orthopädie-Mechaniker.

Auf Veranlassung des Ministers für Handel und Gewerbe wird in der Zeit vom 14. bis 17. Februar d. J. ein weiterer Kursus für Orthopädie-Mechaniker im Ostark-Helene-Haus in Berlin-Zehlendorf, Kronprinzen-Allee 171/173, von dem Chefarzt der Anstalt, Prof. Dr. Dieckhoff, und dessen Assistenten, Dr. Rollenbauer abgehalten, in dem den Teilnehmern Gelegenheit gegeben werden soll sich mit den neuesten Anforderungen an die Herstellungs von Ersatzgliedern u. dergl., insbesondere für Arie-, Einvalide, vertraut zu machen. An dem Kursus nehmen 35 Personen teil.

Unfall eines Kriegsinvaliden. Von einem bedauerlichen Unfall ist der Arbeiter Ludwig Geng aus der Klantschoustraße 14 in Berlin betroffen worden. G. hatte im Felde das rechte Auge verloren und wurde deshalb vom Militär entlassen. Nach seiner vollständigen Genesung fand er in der Munitionsfabrik in der Kaiserin-Augusta-Allee Beschäftigung. Während Geng dort eine Präzisionsmaschine bediente, kam er unvorsichtigerweise mit der Hand in das Getriebe, wobei ihm drei Finger der rechten Hand abgerissen wurden. Der Verwundete fand im Rudolf-Virchow-Krankenhaus Aufnahme.

Eine traurige Aufklärung hat das Verschwinden der neunzehnjährigen Bally Brandt aus der Parkstraße 21 in Weihenstephan gefunden. Nachdem lange Zeit alle Nachforschungen nach dem Verbleib der B. die seit dem 3. Januar vermisst wurde, erfolglos geblieben waren, ist jetzt die Leiche des Mädchens infolge des in vorletzter Nacht in Weihenstephan wütenden heftigen Sturmes aus dem

Weihen See ans Land gespült worden. Zweifellos hat Bally Brandt Selbstmord verübt, doch ist es auch jetzt noch ein Rätsel, was sie in den Tod getrieben hat. Am 3. Januar, dem Tage ihres Verschwindens, hatte die B. eine kleine Auseinandersetzung mit ihrem Geliebten, doch ist nicht anzunehmen, daß bei dem Charakter der B. diese geringfügige Meinungsverschiedenheit den Anlaß zu dem Selbstmord gegeben haben könnte.

Verunglückte Schaffnerin.

Die 25jährige Schaffnerin Hamon wollte in Spandau einen in ziemlich schneller Fahrt der Widelborfer Straße passierenden Straßenbahnwagen besteigen. Hierbei glitt sie vom Trittbrett ab, fiel und geriet mit den Beinen unter den Weiwagen, dessen Räder über sie hinweggingen. Mit schweren Verletzungen wurde die Verunglückte nach dem städtischen Krankenhaus gebracht; der linke Fuß ist vollständig abgetrennt worden, der rechte Unterschenkel schwer verletzt und es ist fraglich, ob er nicht wird abgenommen werden müssen.

Leichensfund. Aus der Habel wurde in der Nähe von Lindwerder die Leiche einer Frau gelandet. In der Toten wurde die 30jährige Ehefrau Cambruga aus Berlin festgestellt, die seit einigen Tagen vermisst wurde. Allem Anscheine nach hat Frau C. Selbstmord verübt, und zwar vermutlich in einem Schwermutsanfall.

Aus den Gemeinden.

Verkauf von Reis und Hülsenfrüchten in Neutölln.

Die Stadtgemeinde wird demnächst mit dem zweiten Verkauf der von der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft überwiesenen Mengen von Reis und Hülsenfrüchten an ihre Bürgererschaft beginnen. Der Verkauf erfolgt wiederum durch Vermittlung der Kleinhändler. Der Reis besteht aus folgenden Sorten: Siam Patna kurz, Rangon normal und Bruchreis I. An Hülsenfrüchten gelangen grüne und gelbe Erbsen, weiße und braune Bohnen zum Verkauf.

Der Verkaufspreis an die Verbraucher beträgt für Reis pro Pfund: Siam Patna kurz 55 Pf., Rangon normal 50 Pf., Bruchreis I 40 Pf.

Hülsenfrüchte sollen kosten pro Pfund: grüne kleine Erbsen gesch. 45 Pf., gelbe Victoria-Erbsen I 45 Pf., kleine gesch. Erbsen 45 Pf., gelbe kleine Erbsen II 35 Pf., weiße Mittelbohnen II 40 Pf., braune Bohnen 50 Pf.

Zum städtischen Kartoffelverkauf in Spandau.

Im Gegensatz zum Vorjahre, wo der städtische Kartoffelverkauf nur verhältnismäßig wenig in Anspruch genommen wurde und zum Schluß trotz erheblicher Preisherabsetzungen große Kartoffelvorräte verarbeitet werden mußten, findet jetzt der Verkauf städtischer Kartoffeln vom Gute Wandorf außerordentlich starken Zuspruch. Am Sonnabend waren etwa 1500 Personen auf dem städtischen Schlachthof erschienen, um Kartoffeln zu kaufen. 1300 Marken wurden ausgegeben, aber nur etwa 500 Markeninhaber konnten Kartoffeln erhalten. Die Glücklichen, die mit Kartoffeln und heißen Gliedern aus dem großen Getümmel herauskamen, konnten zufrieden sein. Am Dienstag war der Kartoffelverkauf besser organisiert und ging auch wesentlich besser von statten.

Verbaste Klagen werden laut über die schlechte Beschaffenheit der Kartoffeln und darüber, daß der Verkauf nur an einer Stelle stattfindet. Kumisch wäre es erforderlich, in der Siemensstadt eine Verkaufsstelle einzurichten, da dort die Kartoffeln sich am meisten fühlbar macht. Bei den schlechten Verkehrsverhältnissen mit Spandau kann es keiner Arbeiterfrau zugemutet werden, einen ganzen halben Tag zu opfern, um nur in den Besitz einiger Pfund Kartoffeln zu gelangen.

Soziales.

Zur Herabsetzung der Altersgrenze.

Dem Reichstage soll in seiner nächsten Sitzung von der Reichsregierung Nachricht darüber zugehen, ob sie bereit ist, die Altersgrenze für Empfänger der Altersrente von 70 auf 65 Jahre herabzusetzen. Rechtsstehende Organe machen nun jetzt wieder die Regierung gegen eine Herabsetzung der Altersgrenze scharf. Sie kommen wiederum mit recht sadenscheinigen Gründen. So schreibt die „Post“:

Von versicherungstechnischer Seite wird nun auch geltend gemacht, daß die Durchführung dieser Maßnahme nicht unerhebliche Schwierigkeiten bereiten müsse. Es sei anzunehmen, daß im ersten Jahre gegen 200 000 Anträge auf Gewährung der Altersrente eingehen würden, zu deren Bearbeitung zahlreiche Beamte erforderlich wären. Die in Frage kommenden Stellen hätten zurzeit schon große Schwierigkeiten, die laufenden Aufgaben zu erfüllen. Es wird deshalb der Vorschlag gemacht, das Inkrafttreten der neuen Vorschrift bis nach Friedensschluß hinauszuschieben; Vorschläge könnten ausgearbeitet werden, indem der Maßnahme rückwirkende Kraft verliehen wird.

Keinlich schreibt die „Germania“. Diese Ausführungen sind nichts weniger als überzeugend. Zur Erledigung der so einfachen Altersrentenanträge wäre kaum die Anstellung auch nur eines neuen Beamten erforderlich. Und selbst wenn dem so wäre, wäre die Herabsetzung der Altersgrenze durchaus durchführbar. Öffentlich weicht der Reichstag nicht abwärts von seiner einstimmig gefaßten Kundgebung zurück, daß eine Herabsetzung der Altersgrenze dringend erforderlich ist.

Haftung des Theaters bei Unfällen von Schauspielern.

Die allgemeinen bürgerlich-rechtlichen Vorschriften über den Dienstvertrag finden auch auf das Verhältnis zwischen Theaterunternehmer und Schauspieler Anwendung. Danach ist der Theaterunternehmer als Dienstberechtigter verpflichtet, Räume, Vorrichtungen und Gerätschaften, die er zur Verrichtung der Dienste des Schauspielers zu beschaffen hat, so einzurichten und zu unterhalten und die unter seiner Anordnung oder seiner Leitung vorzunehmenden Dienstleistungen so zu regeln, daß der Dienstverpflichtete (Schauspieler) gegen Gefahr für Leben und Gesundheit soweit geschützt ist, als es die Natur der Dienstleistung gestattet (§ 618 BGB.). Etwasige Verletzungen dieser Sorgfaltspflicht durch seine Angestellten hat der Dienstherr im vollen Umfange zu vertreten. Nach diesem rechtlichen Gesichtspunkt sind am Dienstag zwei Schadensfälle vom Reichsgericht entschieden worden, denen zwei Unfälle im Darmstädter Hoftheater zugrunde lagen:

Die Hofstängerin Fräulein Huber nahm am 25. März 1914 an einer Bühnenprobe zu „Carmen“ im Darmstädter Hoftheater teil. Bei der Ausführung eines Solotanzes geriet sie mit einem Fuße in ein im Bühnenboden befindliches 4 1/2 Zentimeter breites Loch, fiel hin und verletzte sich nicht unerheblich. Sie nimmt das Hoftheater auf Schadensersatz in Anspruch, weil es fahrlässig gewesen sei, daß das Loch, das einige Monate früher anlässlich einer Vorstellung von „Hoffmanns Erzählungen“ zur Beleuchtungsarbeiten in den Bühnenboden gebohrt worden war, nicht beseitigt worden sei. — Sowohl das Landgericht als auch das Oberlandesgericht Darmstadt haben das Theater zum Schadensersatz verurteilt. In seinen Entscheidungsgründen führt das Oberlandesgericht aus, daß die Verletzung sich dadurch, daß sie das Loch unverändert bestehen ließ, einer fahrlässigen Verletzung der ihr nach § 618 BGB. obliegenden Pflichten schuldig machte. Es liege auf der Hand, daß das Loch eine Gefahr

für das Bühnenpersonal, insbesondere für die Sängerinnen bildete. Demgegenüber komme nicht in Betracht, daß ein Bühnenboden infolge der zahlreichen Versenkungen usw. sowieso schon uneben sei. Denn das frangliche Loch gehörte nicht zu den ständigen Einrichtungen des Bühnenbodens. Ein eigenes Verschulden der Klägerin sei abzulehnen. Sie habe keine Kenntnis von dem Vorhandensein des Loches gehabt; es könne ihr auch nicht vorgeworfen werden, daß sie nicht genügend vorsichtig gewesen sei. Von einer Klägerin könne bei Ausübung ihrer Tante nicht verlangt werden, daß sie eine besondere Aufmerksamkeit dem Bühnenboden daraufhin zuwende, ob etwa gefährliche Löcher vorhanden seien.

In dem zweiten Falle handelte es sich um einen Unfall der Sängerin Fräulein Wiske. Diese hatte am 10. Dezember 1913 in einer Vorstellung von „Hänsel und Gretel“ in der Rolle des Sandmännchens aus der Versenkung heraus nach oben zu erscheinen. Als sie auf dem unter der Versenkung befindlichen Brett stand, hatte sie sich nicht tief genug gebückt, so daß sie von der herunterfallenden Klappe der Versenkung am Kopf getroffen und verletzt wurde. Auch für diesen Unfall ist das Theater auf Grund des § 118 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für ersatzpflichtig erklärt worden. Das Oberlandesgericht legt dar, daß die an der Versenkung beschäftigten Bühnenarbeiter ein Verschulden treffen, weil sie entgegen ihrer Anweisung unterlassen haben, den Kopf der auf dem Brett stehenden Klägerin durch Herunterdrücken vor der schweren Klappe zu schützen. Für dieses Verschulden ihrer Arbeiter müsse die Beklagte nach § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuchs einstehen. Auch in diesem Falle sei ein Selbstverschulden der Klägerin zu verneinen. Es sei ihr zwar von den Arbeitern zugeföhrt worden: „mehr bücken“; da die Klägerin vor dem Unfall aber nur ein einziges mal die Beförderung durch den Apparat mitgemacht habe, rufe das ihr Hauptaugenmerk naturgemäß auf ihre Rolle gerichtet, offenbar auch aufgeregt gewesen sei, gereiche ihr ein Außerachtlassen des Zutufs nicht zum Verschulden.

In beiden Sachen legte das Hoftheater Revision ein, in dessen ohne Erfolg; das Reichsgericht hat die Revisionen zurückgewiesen.

Genossenschaftliches.

Kriegsteilnehmer aus den genossenschaftlichen Betrieben.

Vertreter der Gewerkschaften der Bäcker, Fabrikarbeiter, Fleischer, Sandungsgehilfen, Tabakarbeiter und Transportarbeiter haben mit dem geschäftsführenden Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und den genossenschaftlichen Mitgliedern des Tarifamts nach eingehender Beratung Beschlüsse über die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer aus den genossenschaftlichen Betrieben gefaßt. Diese Beschlüsse sind vorbehaltlich der zu erwartenden Zustimmung der zuständigen genossenschaftlichen Organe (Gesamtvorstand, Ausschuß, Generalrat und Genossenschaftstag) endgültig. Der wesentliche Inhalt der Beschlüsse geht dahin:

Alle Kriegsteilnehmer, die vor Ausbruch des Krieges in einer dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angehörenden Genossenschaft als feste Arbeiter und Angestellte beschäftigt waren und die sich nach Beendigung des Krieges bzw. nach Entlassung aus dem Wehrdienst in den betreffenden Betrieben zur Arbeitsaufnahme melden, sollen, sofern die Betriebsverhältnisse es gestatten, wieder eingestellt werden. Die Meldung zum Dienstantritt hat innerhalb zwei Wochen nach der Entlassung aus dem Wehrdienst zu erfolgen. Personen, die bereits vor dem Krieg in den genossenschaftlichen Betrieben beschäftigt waren, dürfen nicht lediglich aus dem Grunde gekündigt werden, um freie Arbeitsplätze für Kriegsteilnehmer zu schaffen. Bei Kriegsbeginn beschäftigte, nicht feste und während des Krieges eingestellte Arbeiter und Angestellte, die zum Kriegsdienst eingezogen wurden, können ebenfalls wieder eingestellt werden, sobald ohne besondere Kündigung beschäftigter Personen freie Arbeitsplätze der betreffenden Branche vorhanden sind. Die Wiedereingestellten werden möglichst an ihren bisherigen Arbeitsplätzen zu den tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter Anrechnung der früheren Beschäftigungsdauer sowie ihrer militärischen Dienstzeit beschäftigt. Ist eine Genossenschaft nicht in der Lage, die Wiedereinstellung familiärer Kriegsteilnehmer vorzunehmen, so soll versucht werden, durch Verständigung innerhalb der Genossenschaften der Einkaufsvereinigung oder des Revisionsverbandes für die nicht eingestellten Kriegsteilnehmer gleichartige genossenschaftliche Arbeitsplätze zu gewinnen.

Kriegsteilnehmer, die eine Beschädigung erlitten haben, werden von den Genossenschaften, bei denen sie vor ihrer Einberufung tätig gewesen sind, in erster Linie eingestellt. Sofern sie die für ihre Person in Frage kommende Tätigkeit vollwertig leisten können, erhalten sie den für ihre Leistungen vorgeesehenen vollen Lohn. Eine Anrechnung der Kriegrente oder sonstiger Bezüge findet in solchen Fällen nicht statt. Beschädigte Kriegsteilnehmer, deren Erwerbsfähigkeit wesentlich vermindert ist, sollen grundsätzlich ihre Leistungsfähigkeit entsprechend der weitestem Entgegenkommen der Verwaltung beschäftigt und entlohnt werden. Den Kriegsbeschädigten, deren körperliche Beschaffenheit eine Weiterbeschäftigung in den genossenschaftlichen Betrieben nicht zuläßt, soll die „Arbeitsgemeinschaft“ zur Erlangung einer ihren körperlichen Kräften und den sonstigen Fähigkeiten entsprechenden Tätigkeit beihilflich sein. Dabei ist zu beachten, daß jede Gelegenheitsverföhrung vermieden werden muß. Die „Arbeitsgemeinschaft“ soll auch beihilflich sein, den Kriegsbeschädigten Gelegenheit zu geben, in den vorhandenen Ausbildungstätten sich für andere Berufe vorzubereiten. Eventuell sind in solchen Fällen, wo der Uebergang zu einem neuen Beruf notwendig erscheint, die Organe der staatlichen, provinziellen und kommunalen Berufsberatungen in Anspruch zu nehmen.

Aus aller Welt.

Wahnsinnstat einer Mutter. In einem Anfall geistiger Unmündigkeit hat die Frau des Kaufmanns Glahn in Schöndorf (Kreis Wismar, Provinz Hannover) ihre fünf Söhne im Alter von drei bis dreizehn Jahren durch Redolverfälschung getötet. Religiöse Gegensätze zwischen den Eheleuten sowie in letzter Zeit auftauchende wirtschaftliche Schwierigkeiten sind nach einem Brief der Mutter die Ursache der Bluttat. Die Geisteskrankte, die sich selbst schwer verletzte, wurde der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt zugeführt.

Der Postbus, der Ende voriger Woche in einem Eisenbahnzuge auf der Strecke Uro—Jensterwalde ausgeführt wurde und bei dem den Tätern eine Riste mit 28000 R. in die Hände fiel, hat nunmehr zur Festnahme eines der Täter geführt. Es ist dies ein Schlosser F. Reuter, der sich in Ludau aufhielt.

Schwerer Unfall eines Fischerbootes. Wie die „Stettiner Abendpost“ meldet, kenterte bei Sierow in der Nähe von Greifswald in der Ostsee ein Fischerboot beim Einholen der Netze. Die drei Insassen ertranken.

Darf an einem „fettlosen“ Tage ein Hammel im eigenen Fett schmoren? Die Wirtin des Hotel „Vondor“ in Wiesbaden hatte an einem Donnerstag ihren Gästen Hammelbraten vorgeföhrt. In einem Donnerstag darf aber bekanntlich kein Fett in Garküchen verbraucht werden. Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagte zu fünf Mark Geldstrafe, obwohl sie behauptete, sie habe kein fremdes Fett verbraucht, sondern den Hammel in seinem eigenen Fett geschmort.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 156 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde 1. und 2. Garde-Regiment 4. P.; Garde-Schützen-Bataillon. Lehr-Inf.-Regiment. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regiment Nr. 4, 5, 7, 8, 10, 11, 12, 17 bis einschl. 23, 32 bis einschl. 35, 37, 38 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 11), 49 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 49), 51, 52, 53, 56, 57, 58 (f. auch Bef.-Regiment Nr. 2 und 3 der Brigade Douffin usw.), 59, 61 bis einschl. 68, 69 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 68), 70, 75, 76, 78, 79, 81 bis einschl. 88, 88, 153 (f. Fernspr.-Abt. des 4. Armeekorps), 154 (f. Bef.-Regiment Nr. 2 und 3 der Brigade Douffin usw.), 165 (f. Bef.-Regiment Nr. 2 und 3 der Brigade Douffin usw.) und Fernspr.-Abt. des 4. Armeekorps), 334, 335, 341. Reserve-Inf.-Regiment Nr. 5, 7, 11, 15, 18, 20 bis einschl. 23, 35, 40, 46, 48, 49, 53, 60, 61, 64 bis einschl. 69, 76 bis einschl. 84, 86, 88, 201, 203 bis einschl. 207, 210, 213, 216, 219, 222, 225 bis einschl. 228, 230, 232, 250, 252 bis einschl. 257, 260, 262, 270, 271. Reserve-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 1, 2, 4. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 1, 7, 12, 16, 17, 18, 20, 21, 22, 34, 39, 51, 53, 55, 57, 60, 65, 66, 72, 75, 77, 80, 82, 83, 84. Landsturm-Infanterie-Regiment Nr. 8, 9. Bef.-Regiment Nr. 2 und 3 der Brigade Douffin, später Rüdiger, des Korps Posen. Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 78 (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 51). Landsturm-Infanterie-Bataillone: 1. Aachen, 1. Allenstein, 3. Benthien i. Oberhsl., 2. Bonn, Burg, 1. Coblenz, 3. und 4. Darmstadt, 2. Gleiwitz, 1. Hagenu, 2. Halle a. Saale, 3. Hamburg, 2. Jauer, Jülich, 1. Königberg i. Pr., Landberg a. W., 4. Münster, 1. Naugard. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: 4. des 4. Armeekorps (Altengradow), 2. Bremen, 4. Gotha, Garmeln, Garbershof, 25. des 7. Armeekorps (Münster). 2. Landsturm-Infanterie-Ausbildungs-Bataillon Kreuznach. Landsturm-Kompagnie Lurel (f. Bef.-Regiment Nr. 2 und 3 der Brigade Douffin usw.). Reserve-Jäger-Bataillone Nr. 1, 5, 20, 24. Kavallerie: 1. Garde-Dr. Dragoner. Kürassiere Nr. 1; Dragoner Nr. 2, 4, 13, 20, 21; Reserve-Dr. Dragoner Nr. 5; Husaren Nr. 8, 9, 13. Kavallerie-Regiment Nr. 84; Landwehr-Kavallerie-Regiment Nr. 1. 1. Landsturm-Eskadron des 7. Armeekorps. Feldartillerie: 2. Garde-Regiment; 3. Garde-Reserve-Regiment. Regiment Nr. 15, 22, 24, 33, 34, 37, 39, 40, 42, 47, 51, 52, 73, 74 (f. Fernspr.-Abt. des 4. Armeekorps), 75; Reserve-Regiment Nr. 1, 9, 15, 20, 30; Landwehr-Regiment Nr. 5. Fuhrartillerie: Regiment Nr. 2; Reserve-Regiment Nr. 20; Landwehr-Bataillon Nr. 1. Fuhrartillerie-Batterie Nr. 118. Pioniere: Garde-Bataillon (f. Landwehr-Pionier-Komp. des 4. Armeekorps); III. Garde-Bataillon. Regiment Nr. 19, 20, 23, 25; Bataillone: I. und II. Nr. 1, II. Nr. 2, I. Nr. 4 (f. auch Inf.-Munitionskolonnen Nr. 2 des 4. Armeekorps), I. Nr. 6, II. Nr. 11 (f. Ref.-Pionier-Komp. Nr. 51), II. Nr. 14, I. Nr. 15, II. Nr. 16, I. Nr. 21; Reserve-Bataillon Nr. 39; Pionier-Kompagnien Nr. 213 und 241; Reserve-Kompagnien Nr. 51 und 80 (f. Ref.-Pionier-Bataillon Nr. 39); 1. Landwehr-Kompagnie des 16. und 2. des 18. Armeekorps. Festungs-Landw.-Pionier-Abt. des 20. Armeekorps. Minenwerfer-Bataillon Nr. 4; Minenwerfer-Kompagnien Nr. 19, 117, 217; Schwere Minenwerfer-Abteilung Darge (f. Minenwerfer-Bataillon Nr. 4). Verführtruppen: Fernsprech-Abteilung des 4. Armeekorps; Festungs-Fernsprech-Abteilung Posen. Train: Ersatz-Abteilung der Train-Abteilung Nr. 14; Feld-Train-Eskadron des 7. Armeekorps. Reserve-Divisions-Brüden-train Nr. 5. Munitionskolonnen: Infanterie-Munitionskolonnen Nr. 2 des 4. Armeekorps; Reserve-Infanterie-Munitionskolonnen Nr. 4 des 4. Armeekorps und Nr. 50. Leichte Munitionskolonnen Nr. 223. Sanitätsformationen: Sanitäts-Komp. Nr. 2 des 4. Armeekorps; Reserve-Sanitäts-Kompagnie Nr. 11. Kriegsschule in Cassel (f. Ref.-Pionier-Komp. Nr. 51). Stellvertretende Intendantur des 21. Armeekorps.

Die sächsische Verlustliste Nr. 24 bringt Verluste der Inf.-Regiment Nr. 100, 133, 189, 178, 179, 181, 183; Ref.-Inf.-Regt. Nr. 188; Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 107; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 13. Die württembergische Verlustliste Nr. 845 enthält Verluste des Grenadier-Regts. Nr. 119; Landwehr-Inf.-Regiment Nr. 120, 122, 123, 124; Inf.-Regiment Nr. 121, 124, 125, 129, 180; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 121, 247, 248; Füsilier-Regiment Nr. 122; Feldart.-Regt. Nr. 13 und 29; 1. Ref.-Pionier-Komp.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. Berl. Reichstagswahlkreises.
16. Abt., Bez. 742.
Am Dienstag, den 16. Februar, verstarb unser Genosse, der Chausseur
August Noatnick
Sellenstr. 11.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Blankenstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
224/18 **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Autoführer
August Noatnick
von der Firma Runge, Hochstraße, am 12. d. Mis. im Alter von 49 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. d. Mis., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Blankenstraße, aus statt.
62/1 **Die Bezirksverwaltung.**

Deute verchied nach kurzem schweren Leiden meine liebe Frau, unsere innigstgeliebte Mutter und Schwiegermutter
Auguste Meyer
geb. Klein.
Am Namen der trauernden Hinterbliebenen
Jacob Meyer
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Donnerstags, nachmittags 9 Uhr, in Weihenstephan, neue Halle, statt. 121/11

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schraubendreher
Emil Möllendorf
Langestr. 81
am 14. Februar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
112/5 **Die Ortsverwaltung.**

5. Feldpionier-Komp.; Landwehr-Sanitäts-Komp. Nr. 35; Verluste durch Krankheiten; Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Jugendveranstaltungen.

Wilmerdorf. Sonntag, den 20. Februar: Partie nach Biddau—Niederlehme—Ullrich—Schmalde. Treffpunkt 6 Uhr im Jugendheim, Rammbeiner Straße 51. Kosten 1 R.
Sonntag, den 27. Februar: Nachmittagswanderung durch den Grunwald. Besichtigung der überschwemmten Gegend. Treffpunkt 1 Uhr mittags im Dalm.
Wochenprogramm. Montag: Mandolinabend; Dienstag: Spielabend; Mittwoch: Lieberabend mit Mandolinbegleitung; Donnerstag: Feldpostabend, Schreiben und Vorlesen von Feldpostbriefen und Karten.
Tempelhof-Mariendorf. Freitag, den 18. Februar, findet im Jugendheim, Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 76, ein Vortrag für die weibliche Jugend statt. Referentin Frau Dr. Zhierbach.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Neuen Harmonie“, Köpenicker Straße 96/97: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Heinrich Schulz über „Unsere Kriegsaufgaben nach dem Kriege“.

Eingegangene Druckschriften.

Wie können die kaufmännischen Unterrichtsanstalten zu ihrem Teil zur Belehrung und Anregung der in den Lazaretten befindlichen Verwundeten beitragen? (Beröfentl. d. Deutsch. Verb. f. d. kaufm. Bildungsw. Band 52.) 60 St. A. O. Teubner, Leipzig.
Das Buch Krieg. Von W. Müller-Eberhard. 50 St. Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur, Bad Nauheim (Lahn).
Falsche Propheten. Ein Rätsel. 25 St. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV, 601 rechts, portofrei, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Vorkauf und eine Zahl als Verpfändchen beizufügen. Vielfache Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentwöhnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Beschlüsse und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

B. Z. 98. 1. Am 18. Februar. 2. Ja. — **B. S.** Darüber kann der Satz kein unbedingtes Urteil abgegeben, weil der besprochene Mangel die verschiedenen Ursachen haben kann. Verlässlicher Rat ist zu empfehlen.
— **Wiederrückfallen.** Die neuere Schreibweise ist Brot, früher Brod. — **Infanterie 30.** Durch dasjenige Bezirkskommando, bei welchem er ausgehoben wurde. — **Westpreußen 2. 4. 1.** Mit Präsententent können Sie Feldner für Kunstgewerbe oder auch für Technik und Industrie werden. Besondere Ausbildung durch Fachanstalten ist erforderlich. 2. In Berlin: die Kunstschule, die Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums, die Handwerkerhöfen der Stadt. Fragen Sie dort wegen der Bedingungen an. 3. Welchen Wert schriftlicher Fernunterricht hat? Das läßt sich auf den Lehrgegenstand an. Für Fernunterricht im Zeichen z. B. würden wir danken.
— **B. Z. 25.** Sie halten für die Rente bis zum 1. Oktober 1916. Ergreifen Sie mit dem Wirte keine Einigung, so rufen Sie das Arbeitsamt zur Vermittelung an. — **Richard 77.** Eine Klage würde wahrscheinlich in Ihren Ungunsten ausfallen. Sie hätten auf Abhebung des Mangels in der Wohnung schon früher dringen müssen. — **B. Z. 4.** 1. Ja. 2. Wenn Sie krank und erwerbsunfähig sind, müßten Sie gegen diesen Abzug von der Unterhaltung Beschwerde beim Kreisamtsrat (Landratsamt) einlegen. — **Erna B. 2393.** 1. Sie müssen sich von Ihrem Schwamm den Unterhaltungsschein zuwenden lassen. Dann stellen Sie Antrag auf Unterhaltung bei der Steuerstelle. 2. Wenn Sie sich an den paritätischen Arbeitsnachweis in der Gormannstraße. — **B. Z. 100.** Ihr Mann müßte in Rücksicht auf seine Erkrankung entsprechende Mühe verlangen. Wahrscheinlich erfolgt aber die Einbeziehung zum Heeresdienst vorläufig nicht. — **B. 160.** Sie sind im Irrtum. Sie erhalten nicht 90 Proz. der von Ihnen eingezahlten Prämiensumme, sondern 90 Proz. des Deduktionskapitals. Und diese Summe wird nicht mehr betragen. — **R. 11. 3.** Die Unterhaltung für Sie und ein Kind beträgt 43,50 R. monatlich. — **R. Z. 7.** Bieweil die Krankenkasse ihr Stütz durch das Kriegsgesetz geändert hat, müssen wir nicht. Das erfahren Sie doch am besten auf der Krankenkasse selbst. — **B. D. 233.** Darüber besteht keine bestimmte Verordnung. Zurückerstattung soll nach und nach erfolgen. — **30. Buch.** Das kommt je auf das Vermögensverhältnis an. Bis 500 R. wird keine Steuer erhoben. — **M. V. 32.** Wenn der Vater des Kindes zur Zeit der Geburt derselben Kriegsteilnehmer war, können Sie ein Unterhaltungsgehalt an die Kriegsbildende Deutsche Frauen, Privatangelegenheiten der Frau Kronprinzessin, Potsdam, richten.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittags. Deftlich der Ober zunächst noch mild mit wiederholten Niederschlägen, von West nach Ost fortschreitende Abkühlung, zeitweise heiter, aber veränderlich mit geringen Niederschlägen.

Am Mittwoch, den 16. Februar, früh 12 1/2 Uhr, erlöste ein sanfter Tod unser liebes Kind, unseren ältesten Sohn und Bruder
Erich Meißner
von seinem mit vieler Geduld ertragenen Leiden im 22. Lebensjahre.
Dies zehren tiefbetruht an
Gerhard Meißner
und Familie, Rahndorf, 18.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Friedhofes in Mariendorf, Eisenacher Straße, aus statt.

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
1. Mohrenstraße 37a
(Kolonnaden)
H. Or. Frankfurter Str. 115
(nahe Andreastr.)
Auswahlsendungen sofort.
Ami Zentrum 7890.
Sonntags 12—2 Uhr geöffnet.

BOSNIA CIGARETTEN
Jelina 2s